ASW
Für eine Welt, die zusammenhält!

SOLIDARISCHE WELT

Klimaneutral = klimakolonial? Scheinlösungen auf Kosten des Globalen Südens

THEMENHEFT
1 I 2024

3 **Einführung**

Gibt es einen Klima-Kolonialismus?

4 **Klimaneutral und klimakolonial**
von Marek Burmeister

6 **Die Instrumente des „Klimahandels“**
von Isabel Armbrust

7 **Einfangen, speichern oder kompensieren: Technische Lösungen lenken von der Dringlichkeit der CO_2-Vermeidung ab**
von Christophe Mailliet

10 **Die koloniale Aneignung der Atmosphäre Zahlen und Fakten zur Klimaungerechtigkeit**
von Isabel Armbrust

13 **Im Lichte deines kolonialen Blicks**
von Guilherme Carvalho

15 **Die koloniale Attitüde beim Abbau von CO^2-Emissionen und die Selbstverständlichkeit der Ausbeutung der Welt**
von Franziska Kohlhoff

Titelfoto:
Frauen der indigenen Gemeinschaft der Guajajara in Amazonien wollen keine von Unternehmen des Globalen Nordens umgesetzten Waldschutzprojekte, sondern nehmen den Schutz ihrer Wälder in die eigene Hand. Foto-Drohnen liefern ihnen Informationen über mögliche Eindringlinge in ihr Territorium.

Auswirkungen auf den Globalen Süden

18 **Amazonien und Cerrado: Wo der Klimawandel apokalyptische Dimensionen annimmt**
von Silke Tribukait

20 **Indien: Im Namen des Klimaschutzes darf keine Aneignung indigenen Landes passieren**
von Sina Rauch

22 **Grüne Partnerschaft der EU mit Marokko auf Kosten der Westsahara**
von Boubacar Diop

23 **Das Geschäft mit dem Klima: Der Fall Kariba REDD+ in Simbabwe**
von Jenny Ouédraogo

Globale und lokale Lösungen

26 **Straflosigkeit bei Umweltverbrechen – ist ein Ende in Sicht?**
von Christophe Mailliet

27 **Echte Reparationen statt kleiner Trostpflaster für den globalen Süden**
von Boubacar Diop

29 **Wie könnte „grünes Schrumpfen“ gelingen? Denkanstöße der Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann zusammengestellt von der Redaktion**

31 **Buen Vivir – Ideen und Kämpfe, die Hoffnung machen?**
von Tobias Zollenkopf

34 **Buen Vivir ist Widerstand und Lernen in der Praxis Interview mit der Frauengruppe GMB in Brasilien**

35 **Indigene Frauen vom Volk der Munduruku schützen den Amazonaswald mit Foto-Drohnen**
von Luana Lila O. Polinesio

Liebe Leser:innen,

vor drei Jahren erschien unser erstes Schwerpunktheft zur Klimakrise. Seither hat der Klimawandel an Fahrt aufgenommen, 2023 war das bislang wärmste Jahr überhaupt und in der Westantarktis scheint bereits ein Kipppunkt bei einem Teil des Schelfeises erreicht zu sein. Doch statt dass die Welt sich nun ambitioniertere und verbindlichere Reduktionsziele gibt, um das Schlimmste noch abzuwenden, zimmert man weiter an Luftschlössern wie dem einer „klimaneutralen" Welt.
Das zeigte auch die jüngste COP28 in Dubai, die gut war in der Bestandsaufnahme und schlecht bei den Konsequenzen. Ganz klar wurde zu Protokoll gegeben, dass die globalen Treibhausgasemissionen bis 2030 nur um etwa 5 % gegenüber 2019 sinken, würden die Länder nur ihre bestehenden nationalen Selbstverpflichtungen umsetzen. Doch sei laut Klimaforschung eine Verringerung der Emissionen um mindestens 43 % bis 2030 gegenüber 2010 notwendig, um das in Paris vereinbarte 1,5 Grad-Ziel noch halten zu können, für eine Begrenzung auf 2 Grad um wenigstens 25 %. Also bedürfe es verstärkter Anstrengungen, darin war man sich einig. Doch zu verpflichtenden Vorgaben für alle, z.B. auch in Bezug auf den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, reichte es dann nicht.

Im vorliegenden Heft werden wir zum einen die Ungerechtigkeit thematisieren, dass Länder und Menschen mit dem geringsten CO2-Fußabdruck unter dem Klimawandel am stärksten leiden und gleichzeitig die wenigsten Ressourcen haben, die Folgen zu meistern. Wir wollen aber auch die Frage aufwerfen, ob der Umgang des Nordens mit dem Süden nicht eine koloniale Schlagseite hat.

Weitermachen wie bisher, weil andere für uns Bäume schützen?

Die EU will bis 2050 „klimaneutral" sein und ebenso der COP28-Gastgeber Vereinigte Arabische Emirate. Der „fossile" Golfstaat wirft dabei ein Licht auf die Mogelpackung „Klimaneutralität". Denn Netto-Null-Emissionen will er nicht über eine Abkehr von Öl und Gas, sondern über CO2-Kompensation in fremden Wäldern erreichen. Laut THE GUARDIAN laufen Verhandlungen über 25 Millionen Hektar Wald auf dem Kontinent Afrika, für die dann CO2-Gutschriften ausgestellt werden. So verfahren übrigens auch die großen Ölkonzerne Europas wie Shell oder Total, die sich über Zertifikate z.B. für das Waldschutzprojekt Kariba in Simbabwe ein grünes Image erkaufen.

Weitermachen wie bisher und sich dafür von anderen nehmen, was man für die eigene „Klimaneutralität" braucht, das ist auch das Muster, dem die EU folgt. Wirkliche Einschnitte z.B. beim Fliegen oder beim Individualverkehr soll es nicht geben. Stattdessen setzt man auf Elektromobilität oder auf künftige Flugzeugtypen, die mit E-Fuels oder grünem Wasserstoff fliegen können. Doch leider ist das alles (wie auch technische Lösungen zum Einfangen von CO2) Zukunftsmusik, denn sowohl für die Elektromobilität wie für ausreichende Mengen an grünem Wasserstoff oder E-Fuels fehlt es Europa an grünem Strom.
Aus diesem Grund hat die EU einige Wasserstoffpartnerschaften mit Ländern des afrikanischen Kontinents geschlossen, wo es gibt, was Europa fehlt: Sonne und Wind im Übermaß und freie Landflächen für Solar- und Windkraftanlagen. Ob diese allerdings auch den Menschen des Kontinents nutzen, indem sie ihnen Zugang zu Strom verschaffen, dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Grüner Wasserstoff „verwandelt unsere afrikanische erneuerbare Energie in eine exportierbare Ware, (…) erneuerbare Energien müssen vorrangig im Inland genutzt werden", warnte etwa 2023 die „African People's Climate and Development Declaration" von über 500 afrikanischen zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Keine Verantwortung für die historische Klimaschuld…

Nach der COP28 wurde als großer Erfolg gefeiert, dass der schon 2013 beschlossene Ausgleichsfond für Schäden und Verluste, über den die Verursacher des Klimawandels den geschädigten Ländern etwas zurückgeben, endlich an den Start geht. Es fanden sich am Ende 700 Millionen $, von denen Deutschland und die USA gleich jeweils 100 Mio. zugesagt hatten. Auch die Emirate werden – als nicht dem globalen Norden angehörender Staat – in diesen Fonds einzahlen. Das Problem ist nur, dass der wirkliche Bedarf der Entwicklungsländer pro Jahr auf 100 – 150 Milliarden geschätzt wird, also auf mehr als das Hundertfache.
Besonders die alten Industrieländer, die das Gemeingut Atmosphäre bereits seit 200 Jahren mit ihren Emissionen belasten, hätten allen Grund, sich hier großzügiger zu zeigen und endlich ihre Klimaschulden gegenüber dem Globalen Süden anzuerkennen.

Doch was folgt aus dieser unerfreulichen Lage? Im dritten Teil unseres Heftes zeigen wir auf, was geboten und möglich wäre. Neue Gesetze zur Bestrafung von Ökozid, konkrete Szenarien zum Ausstieg aus dem Wachstum und „Buen vivir", gutes und nachhaltiges Leben in Gemeinschaft, machen Hoffnung. Es sind vor allem brasilianische Partnerinnen, die es vorleben und zeigen, wie das Konzept auch den sozial-ökologischen Kampf stärken kann. Hier können wir Europäer:innen also noch viel vom Globalen Süden lernen.

Isabel Armbrust, Kommunikationsteam der ASW

Klimaneutral und klimakolonial

VON MAREK BURMEISTER

Die Anstrengungen, unumkehrbare weltweite Klimaveränderungen abzuwenden, den Verbrauch von Ressourcen zur verringern und den Ausstoß von Treibhausgasen zu drosseln, haben sich in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Dass etwas gegen den Klimawandel getan werden muss, ist heute breiter Konsens in Deutschland. Der Weg dahin war lang. Man muss sich nur vergegenwärtigen, dass bereits vor über 50 Jahren – 1972 – der Club of Rome mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ elementare Tendenzen der Übernutzung von Rohstoffen und der Zerstörung von Umwelt in einer globalen Perspektive aufzeigte. Und auch die Unterzeichnung des Kyoto Protokolls liegt bereits ein Vierteljahrhundert zurück.

Aber darüber, wie man der Übernutzung und dem Klimawandel beikommen kann, wird nach wie vor erbittert gestritten. Als ein Ziel, bzw. eine Lösung wird seit mehreren Jahren die sogenannte Klimaneutralität proklamiert. Klimaneutralität bedeutet im Wesentlichen, dass das menschliche Handeln keinen Einfluss auf das globale Klima hat. Konkret bedeutet es oft, dass insbesondere die produzierten Emissionen (durch industrielle Landwirtschaft, Wirtschaft, Mobilität und Lebensstil) verringert oder per Kompensation ausgeglichen werden sollen. Mit komplexen Berechnungen werden CO_2 Ausstoß und CO_2 Kompensation verrechnet – und die Kompensation erfolgt, in vielfältigen Kohlenstoffsenken, dann oft im globalen Süden. Das können Wälder, Aufforstung, Renaturierungen oder Umstellungen auf erneuerbare Energien sein. Oder komplexe Technologien werden erfunden, um CO_2 bei der Produktion abzufangen und zu „neutralisieren“. Auch die Elektromobilität wird gerne als klimaneutral verkauft.

„Wir werden nie aufhören, für unsere Zukunft zu kämpfen“: Selbstbestimmter Waldschutz durch die indigenen Gemeinschaften der Munduruku als Alternative zu den im Norden kreierten CO_2-Kompensationsprojekten

Es scheint, als könnten wir in den Industrienationen bis zu einem Datum X gänzlich frei von CO_2 Ausstoß leben, bzw. alles ausgleichen. Dies ist natürlich ein Trugschluss, denn unsere Art des Leben und Wirtschaftens, auch in den aufstrebenden Industrienationen, kann nicht einfach neutralisiert werden. Irgendwo fallen die Kosten dafür an. So werden veränderte Wirtschaftsweisen und die Umstellung auf erneuerbare Energien dazu führen, dass bestimmte Rohstoffe stärker nachgefragt werden oder neue Technologien genutzt werden, um die Treibhausgasemissionen zu verringern. Beispiele wären hier die gestiegene Nachfrage von Lithium zur Herstellung leistungsstarker Akkus für die Elektromobilität, oder die Nutzung von Wasserstoff zur Speicherung und dem Transport von Solar- oder Windenergie, die dann in der Sahara oder in Namibia produziert wird. Die Kosten, z.B. der Flächen- und Wasserverbrauch für grünen Wasserstoff, werden meist jedoch regional ausgelagert, und so haben viele Menschen im globalen Süden, die am wenigsten zur weltweiten Klimaänderung beigetragen haben, mit den Ergebnissen der Klimaneutralität des globalen Nordens auszukommen.

Der Norden rettet seinen Lebensstil und der Süden bezahlt die Rechnung

„Projekte“ zur CO_2 Kompensation haben auch entwicklungspolitische Implikationen, da sie oft die gleichen Menschen oder Regionen betreffen, in denen entwicklungspolitische Organisationen arbeiten oder regionale zivilgesellschaftliche Gruppen sich engagieren.

Europa kann seinen Riesenbedarf an Solar- und Windenergie nicht auf den begrenzten eigenen Flächen bereitstellen und setzt daher auf „Grüne Partnerschaften“ mit Ländern des afrikanischen Kontinents. Foto: Verwaltungsgebäude des Energiekonzerns ENGIE in Paris, der an einem marokkanischen Windkraftprojekt in der besetzten Westsahara beteiligt ist. (Mehr Seite 22)

Einige unserer zivilgesellschaftlichen Partner berichteten dezidiert von Auswirkungen auf ihre Arbeit, bzw. von negativen Folgen für die Lebensumstände besonders marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen. So werden Bauern enteignet, um ihr Land aufzuforsten und CO2 zu speichern, Indigene im Amazonas können nicht mehr über ihren Wald bestimmen, weil er zum Kompensationsobjekt erklärt wurde, Viehzüchter in Chile werden ihrer Lebensgrundlage beraubt, weil die Salzgewinnung für Lithium die letzten Süßwasserreserven der Region zerstört.

Das sind einige konkrete Beispiele, die auf einen großen Widerspruch hindeuten. Um dem Klimawandel Einhalt gebieten zu können und eine gerechte Entwicklung für alle Menschen auf der Welt zu schaffen, kann es nicht funktionieren, dass der globale Norden seinen Lebensstil unter anderen Vorzeichen weiterführt und der globale Süden dafür aufkommen muss. Man kann dieses Phänomen grünen Kolonialismus oder Klimakolonialismus nennen, es läuft auf das Gleiche hinaus. Unsere Produktions- und Konsummuster bleiben wie bisher, nur unter neuen Energievorzeichen. Politische, wirtschaftliche und soziale Strukturen, die Ungleichheit, Verarmung und Enteignung verursachen, bleiben unangetastet.

Zudem kann man feststellen, dass die Klimaschutzpolitik, wie auch die Anpassungsmaßnahmen in einer kolonialen Tradition stehen. Die Industrieländer des Nordens haben die Ozeane, Ressourcen und die Atmosphäre, die allen gehören, in den zurückliegenden Jahrhunderten einseitig für sich genutzt. Diese Art des Wirtschaftens, Lebens und Konsumierens hat große Teile der Welt in den letzten 150 Jahren zerstört, vergiftet und beschädigt. Um dies zu beenden und zu kompensieren, werden jetzt wieder enorme Flächen im globalen Süden beansprucht, während es in den Verursacherländern keine vergleichbaren Bemühungen gibt.

Doch was soll man tun? Grundsätzlich muss die Politik andere Antworten geben und Wege aufzeigen. Das individuelle Handeln eines Jeden kann nur ein kleiner Teil des Ganzen sein. Wenn die Politik steuern soll, dann muss der Marktlogik Einhalt geboten werden. Dann wird es Beschränkungen geben, dann werden wir uns das, was noch da ist, einteilen oder Rohstoffe ganz in der Erde lassen müssen.

Die Politikwissenschaftlerin Birgit Mahnkopf plädiert unter anderem dafür, Rohstoffpreise durch striktes Nachfragemanagement auf globaler Ebene zu stabilisieren, „um einerseits die ökologisch ruinöse Rohstoffplünderung einzudämmen und andererseits den rohstoffexportierenden Ländern hinreichend Anreize zu geben, die Reste des noch vorhandenen natürlichen Reichtums nicht zu Geld zu machen…“.[1] Zudem plädiert Sie für „einen asymmetrischen Protektionismus zugunsten der schwächeren Ökonomien, strikte Kartellgesetze und ein politisch betriebenes Schrumpfen der marktbeherrschenden großen Unternehmen, insbesondere aber des Finanzsektors und seine Rückführung in eine der Realwirtschaft dienende Rolle.“[2] Angesichts der bestehenden globalen Herausforderungen scheinen solche radikalen Lösungen alternativlos, denn ein weiter so kann es nicht geben. Es muss eine Art Entkolonialisierung der Klimapolitik stattfinden, und dies bedarf grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen in allen Bereichen unseres Lebens. Dies betrifft natürlich auch die weltweiten Herrschaftsstrukturen, denn die Privilegien der Menschen in den Industrienationen und auch der globalen Oberschicht können nicht unverhandelt bleiben, denn sie stehen einer weltweiten sozial-ökologischen Transformation im Weg. Wenn 10 Prozent der Weltbevölkerung für mehr als die Hälfte aller Emissionen verantwortlich sind, ist dies nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern eine Notwendigkeit.

1 Mahnkopf, Birgit: Der große (Selbst-) Betrug. Aus Politik und Zeitgeschichte 3-4/2021

2 Mahnkopf, Birgit: Der große (Selbst-) Betrug. Aus Politik und Zeitgeschichte 3-4/2021

Die Instrumente des Klima-Handels

Mit dem 2005 in Kraft getretenen Kyoto-Protokoll verpflichteten sich erstmals 38 Industriestaaten verbindlich zu einer Reduktion ihrer Klimagasemissionen. Neben Maßnahmen zur Begrenzung des CO2-Austoßes kamen auch Ausgleichsmechanismen wie der Emissionshandel zwischen Industriestaaten (die Entwicklungsländer waren von Reduktionsverpflichtungen noch ausgenommen) und der Clean Development Mechanism, CDM ins Spiel. Industrieländer konnten sich dort Einsparungen aus Klimaschutzprojekten, die sie im globalen Süden finanzierten, auf ihre Reduktionsziele anrechnen lassen.

Auf der COP28 in Dubai wurde eine Nachfolgeregelung für diesen „faulen" Klimahandel unter UN-Aufsicht (gemäß Artikel 6 des Pariser Abkommens) gesucht, aber nicht gefunden. Die Idee, CO2 zu kompensieren statt zu reduzieren, wird derzeit vom freiwilligen Kompensationsmarkt (s.u.) realisiert.

Der staatlich regulierte Emissionshandel

Mit Kyoto wurde 2005 auch das Emissionshandelssystem der EU, ETS etabliert. Es funktioniert über eine politisch gesetzte Obergrenze für CO2 (und CO2-Äquivalente) und eine an die Mitgliedsländer und von diesen an die zur Teilnahme verpflichteten Unternehmen ausgegebene Zahl an Verschmutzungs-Berechtigungen. Diese können am Markt gehandelt werden (Cap and trade System). Zur Zeit sind die Energiewirtschaft und große energieintensive Betriebe ETS-pflichtig – ab 2027 kommt auch die Gebäudeheizung und Verkehr dazu. Die Idee, Emissionen für die Industrie zu einem Kostenfaktor zur machen, haut hin, wenn nicht zu viele Verschmutzungs- Berechtigungen im Umlauf sind. Der Preis pro Tonne CO2 lag 2022 noch bei 25 Euro pro, 2023 schwankte er zwischen 80 und 100 Euro.

Der freiwillige Kompensationsmarkt

Nicht zu verwechseln mit dem regulierten Emissionshandel ist der freiwillige Kompensationsmarkt. Inzwischen geht es dort längst nicht mehr nur um den Ausgleich individueller Flugreisen. Zu den Käufern von CO2-Gutschriften gehören große Konzerne wie Shell oder VW, die nach einem grünen Image streben.

Auch die Unternehmen, die die CO2-Gutschriften vertreiben, werden immer größer. Das Züricher Klima-Unternehmen Southpole etwa zählt heute 1.200 Mitarbeitende, arbeitet mit hunderten von Projektentwicklern in 30 Ländern zusammen, und kommt so auf rund 1.000 Waldschutz-, Solar- oder sonstige Projekte, auf die es CO2-Gutschriften ausstellt. Dabei hält es sich an Standards, wie sie z.B. vom weltweit führenden Zertifizierer von CO_2-Kompensationen, VERRA vorgegeben werden. Ein anderer Standard ist der Goldstandard.

Der Waldschutzmechanismus REDD

Waldschutzprojekte nach dem REDD-Konzept („Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern") werden heute sowohl von der Weltbank oder Regierungen umgesetzt wie auch von Unternehmen des freiwilligen Kompensationsmarktes. Die Idee: Geldzahlungen setzen Anreize, einen bestehenden Wald zu erhalten und schonend zu nutzen, damit das in den Bäumen gespeicherte CO2 dort bleibt, wo es ist. Aus komplizierten Berechnungen ergibt sich die über einen fixen Zeitraum vermiedene CO2-Freisetzung, auf deren Basis dann die CO2-Zertifikate ausgegeben werden.

Doch leider stimmen diese Rechenmodelle oft nicht, wie seit Anfang 2023 von verschiedenen Rechercheteams nachgewiesen wurde. So sollen viele von VERRA ausgegebenen Entwaldungsprognosen das 10 fache übertrieben gewesen sein, das heißt 90 Prozent der CO2-Einsparungs-Zertifikate, die ja auf der Differenz zwischen prognostizierter und vermiedener Abholzung beruhen, seien wertlos.

Zudem taugt REDD gerade nicht als Schutz vor großdimensionierter Waldzerstörung. Abholzungen durch die Agrarindustrie werden kaum vermieden, denn Rinderweiden auf Rodungsflächen inklusive Holzverkauf sind allemal lukrativer als die Teilnahme am REDD-Programm.

Somit werden viele REDD-Projekte heute auf Landflächen umgesetzt, die ohnehin vergleichsweise wenig gefährdet sind und die vor allem von kleinbäuerlichen oder indigenen Gemeinschaften genutzt werden. In indigenen Gebieten ist das fast absurd, denn Wälder und Biodiversität sind dort deutlich besser geschützt als anderswo, wie z.B. der Weltbiodiversitätsrat belegt hat. Ein guter Waldschutz wäre somit die Garantie der Landrechte dieser indigenen Gemeinschaften.

Und noch effektiver wäre das Drehen an Stellschrauben im Norden: Z.B. kein individueller Autoverkehr mehr, damit das Bauxit für die Aluminiumproduktion im amazonischen Boden bleibt oder geringerer Fleischkonsum, damit es kein Soja aus dem Cerrado für die europäische Tiermast braucht.

*von The Guardian, Die Zeit, SRF, Follow the Money u.a.

Isabel Armbrust

Einfangen, speichern oder kompensieren:

Technische Lösungen lenken von der Dringlichkeit der CO2-Vermeidung ab

VON CHRISTOPHE MAILLIET

Wer hat sie noch nicht im eigenen Supermarkt, in den Medien und in Werbematerialien gesehen, die vielen „klimaneutralen“ Produkte, die uns suggerieren, ein „weiter so“ in Sachen Konsum und Produktion sei möglich, solange nur das „richtige“, Produkt erworben wird? Fühlt man sich nicht sofort besser, wenn mit jedem Kasten Bier ein Quadratmeter Regenwald gerettet, oder die Wurst „CO2-neutral“ hergestellt wird? Großunternehmen, Wirtschaftsberatungsgesellschaften und Think-Tanks überbieten sich heutzutage darin, „Net-Zero-Strategien“ zu entwerfen und ausgeklügelte Zertifizierungssysteme zu erarbeiten, die zwar auch CO2-Reduktionsziele enthalten, aber in der Regel mit einem „Ausgleich“ für emittierte Treibhausgase einhergehen: entweder durch „Kompensationsprojekte“ oder durch den Einsatz von Technologien, die einen Teil der entstandenen Emissionen wieder absorbieren sollen.

Der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) der Vereinten Nationen definiert in seinem Online-Glossar „Netto-Null-Emissionen“ wie folgt: „Netto-Null-Emissionen werden erreicht, wenn die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen in die Atmosphäre durch den anthropogenen Abbau in einem bestimmten Zeitraum ausgeglichen werden.“

Dabei ist wichtig zu bedenken: Wenn von Netto-Null-Emissionen die Rede ist, handelt es sich dabei immer um zukünftige Emissionen, und nicht um den Abbau von bereits erfolgten, sogenannten „historischen“ Emissionen, deren Wirkung sich oft erst nach Jahrzehnten oder noch viel später zeigt. Laut dem Umweltbundesamt sind von diesen „nach 1000 Jahren noch etwa 15 bis 40 Prozent in der Atmosphäre übrig.“

Wenn die Erderwärmung auf maximal 1,5°C begrenzt und Treibhausgas-Emissionen auf ein für den Planeten zuträgliches Maß beschränkt werden sollen, bedeutet dies, dass nicht nur aktuelle Treibhausgas-Emissionen radikal reduziert, sondern auch die bereits emittierten, gigantischen Mengen an atmosphärischem CO2 und das weniger langlebige Methan abgebaut werden müssen*. Doch statt auf Renaturierung und eine radikale „Entkarbonisierung“ der Wirtschaft hinzuwirken, setzen Teile von Politik und Wirtschaft zunehmend ihren Fokus auf technologische Lösungen und den Handel mit „Emissionsrechten“, um den Klimawandel zu begrenzen und seine schlimmsten Folgen möglichst zu verhindern.

* Wenn der Abbau von anthropogenen Treibhausgasen wie CO2 die anthropogenen Treibhausgasemissionen übersteigt, spricht das IPCC von „negativen Netto-Treibhausgasemissionen“. Während von CO2 nach 1000 Jahren noch Reste in der Atmosphäre sind, hält sich Methan nur etwa 12 Jahre.

Zweifellos die wirksamste Art, CO2 einzufangen

Doch was steckt hinter diesen Lösungen? Sind es wissenschaftlich fundierte und wirkungsvolle Mittel, oder nur „Science Fiction“-Träumereien, die von den zur Rettung des Planeten notwendigen Maßnahmen ablenken (sollen)?

CO2-neutral dank Kompensation: Irreführung der Kund:innen

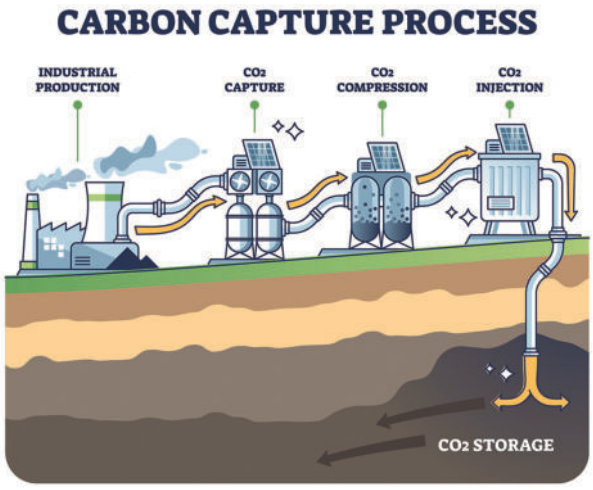
Bei sogenannten „Kompensationsgutschriften“ geht es im Kern darum, Emissionen, die an einer Stelle entstehen, an einem anderen Ort einzusparen. So können sich Unternehmen über den Erwerb von Waldschutzzertifikaten“, die bestimmte Flächen vor Abholzung „schützen“, ein grünes Image erkaufen. Ein Unternehmen X kann dann weiter fossilen, über Millionen von Jahre gebundenen Kohlenstoff verbrennen, weil es auf der anderen Seite dafür bezahlt, einen Wald vor Abholzung oder anderweitiger wirtschaftlichen Nutzung

für einen gewissen Zeitraum zu schützen (oftmals gelten solche Zertifikate nur für wenige Jahre). So sollen für diesen kurzen Zeitraum keine ZUSÄTZLICHEN CO2-Emissionen entstehen. Das Problem aber ist: hier werden tatsächlich entstandene mit potentiellen (aber vermiedenen) Emissionen gleichgesetzt, und miteinander verrechnet. Und stimmen die Prognosen nicht, entstehen sogenannte Geisterzertifikate: Eine Gutschrift über eine vermiedene CO2-Freisetzung, obwohl der Wald vielleicht gar nicht gefährdet war (siehe Seite 6).

Ließe sich also nicht argumentieren, dass Unternehmen, die mit solchen „Waldschutzzertifikaten" ihre Produkte als „klimaneutral" bewerben, eine sogenannte „irreführende geschäftliche Handlung" betreiben und damit ihre Kund:innen täuschen? Tatsächlich wurde in Schweden Anfang 2023 zum ersten Mal ein großer Milchprodukte-Hersteller und im September 2023 eine große deutsche Drogeriekette wegen genau solcher irreführender Werbung verurteilt – ein Modell, das Schule machen sollte?

„Weiter so" dank technischer Scheinlösungen?

Ein weiteres problematisches Mittel, das als potentielle Lösung zur Reduzierung von Emissionen propagiert wird, ist die Entfernung von emittiertem CO2 aus der Luft mit anschließender Lagerung im Boden, im Englischen „Carbon Capture and Storage" (CCS) oder, etwas allgemeiner, „Carbon Dioxide Removal" (CDR) genannt. Dabei sollen unterschiedliche, noch bei weitem nicht ausgereifte Technologien zum Einsatz kommen, die sich hinter verschiedenen Akronymen verbergen. So steht „DACCS" für „Direct Air Carbon Capture and Storage", also das chemische Herausfiltern von Emissionen aus der industriellen Produktion und der anschließenden Einlagerung an Land oder im Meeresboden. „BECCS" steht für „Bio-Energy with Carbon Capture and Storage" oder auf Deutsch „Bioenergie mit CO2-Abscheidung und -Speicherung". Damit wird das Verbrennen von Biomasse (im wesentlichen Holz)



So funktioniert die Entfernung von CO2 aus der Luft mit anschließender Lagerung im Boden (CCS, Carbon Capture and Storage)

mit gleichzeitigem Einfangen und anschließender Lagerung des emittierten CO2 bezeichnet.

Seit spätestens 2022 ist auch der Weltklimarat IPCC der Ansicht, dass solche Technologien nötig sind, um das gesteckte Ziel einer maximalen Erderwärmung von 1,5° bis zum Jahr 2050 noch zu erreichen. So heißt es in der „Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger" (S. 47) des IPCC aus dem Jahr 2022:

„Der Einsatz von CDR zum Ausgleich schwer abbaubarer Restemissionen ist unumgänglich, wenn Netto-Null-CO2- oder Treibhausgasemissionen erreicht werden sollen. Das Ausmaß und der Zeitplan des Einsatzes werden von den Verläufen der Brutto-Emissionsreduktionen in den verschiedenen Sektoren abhängen."

Um die Ziele des Paris-Abkommens zu erreichen, müssten bis zum Jahr 2100 bis zu 665 Mrd. Tonnen CO2 durch CCS entfernt werden. Dieses Fernziel ist die Grundlage dafür, 2050 immer noch Kohle, Erdöl und Gas auf 5%, 40% bzw. 55% des Niveaus von 2019 vermeintlich „klimaneutral" verbrauchen zu dürfen, in der Annahme, dass bis dahin CCS tatsächlich ein leistungsfähiges Mittel geworden ist. Doch selbst bei oberflächlicher Betrachtung ist offensichtlich, dass dies nicht funktionieren kann, es sei denn, es geschieht ein technologisches Wunder. Denn zwischen 1990 und 2020 wurden gerade einmal 0,2 Mrd Tonnen CO2 durch solche Technologien aus der Atmosphäre entfernt, und beim heutigen Stand von CDR/CCS wären die für 2050 vom IPCC angeführten Ziele in etwa … 79.800 Jahren! erreicht.

Die anvisierten technischen Lösungen sind darüber hinaus extrem energieintensiv und damit sehr teuer, und die Einlagerung von CO2 ist technisch hoch komplex und mit zahlreichen Unwägbarkeiten behaftet, wie seismischen Erschütterungen oder dem Entweichen von CO2. Außerdem sind sie noch weit von der „Marktreife" entfernt. Die wenigen Pilotanlagen, bspw. in Schottland oder Australien, arbeiten bis jetzt nicht zur vollen Kapazität, und können bestenfalls als Test-Standorte bezeichnet werden. Dennoch werden solche Modelle steuerlich in vielen Ländern massiv subventioniert, und besonders die Öl- und Gas-Industrie ist an vorderster Stelle bei entsprechenden Investitionen, um beispielsweise durch das Hineinpressen von CO2 in den Boden noch den letzten Tropfen Öl oder Gas an die Oberfläche zu befördern.

BECCS braucht riesige Landflächen

Im Wesentlichen setzt der Weltklimarat in seinen neuesten Modellrechnungen aber auf die massive Ausweitung von BECCS – Bioenergie mit CO2-Abscheidung und -Speicherung. Dafür wären – je nach Szenario – 0,4 bis 1,2 Mrd. Hektar Land nötig, was 1,2 bis 3,7 mal die Fläche Indiens repräsentiert. Dies ließe sich nur erreichen, wenn Agrarland „umgewandelt" oder Waldflächen zuerst gerodet (!) und wieder aufgeforstet würden, nur um die produzierte Biomasse wieder als Energiequelle zu nutzen – und neue Emissionen zu produzieren, um diese dann wieder einzufangen. Im Gegensatz zu Renaturierungsprojekten, die zerstörte Biotope

Foto: AdobeStock # 650916744

Tank mit Algenkulturbeeten für Kohlenstoffbindung: Anders als Eingriffe in die Ozeane z.B. durch künstliche Seegras- und Algenplantagen zumindest frei von Risiken und Nebenwirkungen.

(wie Wälder, Mangroven oder Moore) wieder in ihren Ursprungszustand versetzen sollen, hätten BECCS-Projekte schädliche Auswirkungen auf Ernährung, Biodiversität und planetare Kreisläufe wie den Süßwasserzyklus. Am Ende könnte sogar mehr Wasserknappheit durch die massive Ausweitung von BECCS entstehen, als durch den Klimawandel selber.

Geo-Engineering: den Planeten umbauen, um ihn weiter auszubeuten?

Und dann gibt es noch Entwicklungen, die an Science-Fiction erinnern, aber tatsächlich ernsthaft erforscht und teilweise schon erprobt werden. „Solar Geoengineering" z.B. ist die Theorie, dass der Mensch die globale Erwärmung durch Reflexion von Sonnenlicht in den Weltraum abmildern kann. So will man etwa durch das Versprühen von Schwefeldioxid in der Stratosphäre den Abkühlungseffekt großer Vulkanausbrüche nachahmen – oder gleich gigantische Spiegel oder reflektierende Ballons in die Erdumlaufbahn bringen.

Der enorme finanzielle, technische und politische Aufwand solcher Eingriffe wird dabei kleingeredet, ebenso die noch kaum erforschten (und erforschbaren) möglichen und unumkehrbaren Folgen für Landwirtschaft und Wetter, sowie das Risiko gravierender internationaler Konflikte durch den rücksichtslosen Eingriff in die Atmosphäre, die ja per Definition keine Grenzen kennt. Und dennoch haben einige „Schurken-Unternehmen" bereits begonnen, solche Technologien ohne Erlaubnis bspw. in Mexiko oder England zu testen, auch mit der Absicht, sogenannte „Kühlungszertifikate" zu schaffen und zu verkaufen.

Reflektierende Pflanzen, hellere Wolken, Verspiegelung des Polareises?

Doch nicht nur die Atmosphäre steht im Blick von Forscher:innen und Unternehmen, sondern auch das Land und die Ozeane. So wird an genetisch modifizierten Bäumen und Pflanzen gearbeitet, deren Blätter mehr Sonnenlicht reflektieren sollen, sowie an Technologien, um die Wolken über dem Meer aufzuhellen, oder eine Schicht aus reflektierendem Schaum oder Mikro-Kugeln auf die Meeresoberfläche zu setzen, oder das Polareis mit einer zusätzlichen Schicht von reflektierenden Glaskügelchen zu versehen.

Es gibt aber auch Überlegungen, direkt in die Ozeane einzugreifen, um diese zu größeren „CO_2-Senken" umzubauen. Über künstliche Düngung könnte mehr pflanzliches Mikroplankton wachsen, das dann wiederum mehr CO_2 bindet. Gedacht wird auch an gigantische Seegras- und Algenplantagen, die CO_2 für ihr Wachstum benötigen. Oder an den Eintrag von gemahlenem, alkalischem Gestein in das Meer, das die natürliche Bindung von CO_2 durch Erosion nachahmt. Ebenso wird an Pumpsystemen geforscht, die kaltes und nährstoffreiches Tiefenwasser an die Oberfläche spülen und dadurch Plankton- und Algenwachstum fördern. Die Auswirkungen auf die Fischbestände; das Entstehen von Methan und anderer Abbauprodukte durch das Absterben des Planktons und der Algen, die teilweise toxisch wirken können; der reduzierte Lichteintrag im Meer; das unkalkulierbare Modifizieren der Nahrungsketten und damit auch die möglichen Auswirkungen auf die Fischerei, werden kleingeredet, gerne mit dem Argument, dass ein „technologieoffenes" Vorgehen nötig sei, um die Folgen des Klimawandels abzumildern

FAZIT

Nicht wenige Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen betrachten die Tatsache, dass CDR- und Geoengineering-Technologien eine solch prominente Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen sollen, als einen großen Sieg der Öl- und Gas-Industrie, die 2.456 Lobbyisten bei der COP in Dubai registriert hatte, und laut Transparency International auch zahlreiche Patente im Bereich der CDR- und Geoengineering-Technologien besitzt. Dies ist schlecht von der Hand zu weisen, denn prinzipiell wäre es möglich, die Ziele des Pariser Abkommens durch ein vollständiges Umschwenken auf erneuerbare Energien, Renaturierung und Aufforstung zu erreichen. Die völlig unrealistischen Annahmen des IPCC in Bezug auf CDR und perspektivisch auch auf weitere Methoden des Geoengineerings, sind also eher eine Art von „Rettungsring" für die Öl- und Gas-Industrie und das „fossile System" insgesamt als ein wirksames Mittel, um nicht nur die Folgen, sondern auch die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen. Und sie lenken nicht nur von viel dringenderen notwendigen Maßnahmen ab, wie der Dekarbonisierung der Wirtschaft, sondern perpetuieren extraktivistische und neokoloniale Muster der Ausbeutung der letzten Ressourcen.

Die koloniale Aneignung der Atmosphäre

Zahlen und Fakten zur Klimaungerechtigkeit

VON ISABEL ARMBRUST

„Wie kann es sein, dass wir uns beim Klimaschutz so anstrengen sollen, wo doch China so viel mehr CO2 in die Luft bläst?“ Dies ist eins der zahlreichen Argumente von Klimaschutz-Verdrossenen in Deutschland – und offensichtlich wird hier ein Gefühl von Ungerechtigkeit transportiert.
Zahlen belegen allerdings, dass die große Ungerechtigkeit auf unserem Globus woanders liegt. Schon in der Vergangenheit haben Europa und die USA sich für ihre Industrialisierung das Gemeingut Atmosphäre angeeignet. Ihre CO2-Altlasten beschäftigen uns noch heute. In der Gegenwart fahren sie damit fort, nur sind mit den Schwellenländern weitere große Verschmutzer hinzugekommen.

Good old Europe: Hüttenwerk mit gigantischem CO2-Ausstoß

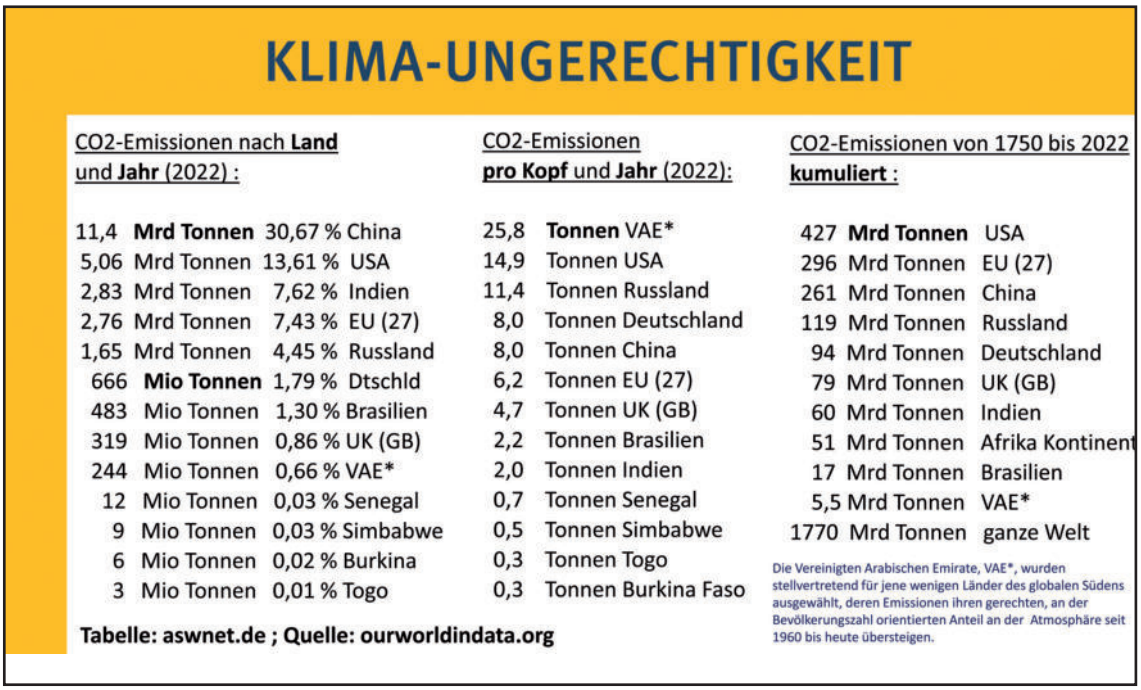
Würde allerdings allen Ländern der Welt (in Relation zur Bevölkerungsgröße) ein gerechtes CO2-Verschmutzungsbudget zugeteilt, wie das kürzlich eine spannende Studie getan hat, so hätte auch Deutschland sein Budget schon um das zweifache überschritten – der Industrialisierungs-Nachzügler Indien dagegen hätte noch ein beachtliches Verschmutzungsguthaben und in geringerem Umfang sogar China.

China übergibt der Atmosphäre derzeit pro Jahr gigantische 11,4 Mrd Tonnen CO2 und ist damit zum größten CO2 Emittenten der Welt aufgestiegen. Es verantwortet 30,7 Prozent der globalen Emissionen (Zahlen von 2022) (1). Die USA liegen bei 13,6 %, die EU bei 7,43 Prozent und Deutschland trägt 1,79 % zum CO2-Problem bei. Doch ein Blick auf die Bevölkerungsgröße der genannten Länder rückt die Dimensionen etwas zurecht. Das Riesenland China beherbergt 1,4 Mrd Menschen, also das Dreifache der EU und viermal soviel wie die USA. Der CO2-Fußabdruck einer Chinesin lag 2022 mit 8 Tonnen/Jahr etwa gleichauf mit dem einer Deutschen (8 t) und weit unter dem einer US-Amerikanerin (14,9 t).

Auch die Wirtschaftsmacht **Indien**, die inzwischen im Länder-Ranking der Klimasünder nach China und den USA auf Platz drei angekommen ist und mit 7,62 % etwas mehr CO2 verantwortet als die EU der 27 Mitgliedstaaten, steht beim Pro-Kopf-CO2-Fußabdruck gar nicht schlecht da. Ganze 2 Tonnen CO2 setzte das Leben einer Inderin in 2022 frei, also ein Viertel einer Durchschnittsdeutschen.

Das ganze Ausmaß der Klimaungerechtigkeit in unserer Welt zeigen allerdings erst Fußabdruck-Vergleiche von Europäerinnen mit dem von Menschen aus Ländern wie **Burkina Faso** oder **Senegal**, die zum großen Teil von kleinbäuerlicher Landwirtschaft leben. Häufigere Dürren und Überschwemmungen durch die Erderwärmung treffen sie mit ganzer Wucht, obwohl ihr Lebensstil so gut wie kein CO2 verursacht. Ganze 0,7 Tonnen trägt eine Senegalesin bei, eine Bürgerin Burkina Fasos sogar nur 0,3 Tonnen, während eine Deutsche (siehe oben) besagte 8 Tonnen ausstößt (also das 11 fache einer Senegalesin) und ihr Leben noch weitgehend unbeeinträchtigt von Klimawandel führen kann.

Ähnlich verträglich wie das CO2-Profil westafrikanischer Mitmenschen dürfte übrigens auch das indischer Kleinbäuerinnen und -bauern sein. Diese rund 50 Prozent der indischen Bevölkerung setzen nur wenig Kohlenstoff frei und ermöglichen so der wohlhabenden Mittelschicht ihres Landes einen „westlichen“ Lebensstil mit entsprechender CO2-Bilanz. Die große Klimaungerechtigkeit innerhalb Indiens wird durch die Durchschnittszahl 2 Tonnen CO2 pro Jahr und Kopf verdeckt.



KLIMA-UNGERECHTIGKEIT

CO2-Emissionen nach Land und Jahr (2022) :

11,4	**Mrd Tonnen**	30,67 %	China
5,06	Mrd Tonnen	13,61 %	USA
2,83	Mrd Tonnen	7,62 %	Indien
2,76	Mrd Tonnen	7,43 %	EU (27)
1,65	Mrd Tonnen	4,45 %	Russland
666	**Mio Tonnen**	1,79 %	Dtschld
483	Mio Tonnen	1,30 %	Brasilien
319	Mio Tonnen	0,86 %	UK (GB)
244	Mio Tonnen	0,66 %	VAE*
12	Mio Tonnen	0,03 %	Senegal
9	Mio Tonnen	0,03 %	Simbabwe
6	Mio Tonnen	0,02 %	Burkina
3	Mio Tonnen	0,01 %	Togo

CO2-Emissionen pro Kopf und Jahr (2022):

25,8	**Tonnen**	VAE*
14,9	Tonnen	USA
11,4	Tonnen	Russland
8,0	Tonnen	Deutschland
8,0	Tonnen	China
6,2	Tonnen	EU (27)
4,7	Tonnen	UK (GB)
2,2	Tonnen	Brasilien
2,0	Tonnen	Indien
0,7	Tonnen	Senegal
0,5	Tonnen	Simbabwe
0,3	Tonnen	Togo
0,3	Tonnen	Burkina Faso

CO2-Emissionen von 1750 bis 2022 kumuliert :

427	**Mrd Tonnen**	USA
296	Mrd Tonnen	EU (27)
261	Mrd Tonnen	China
119	Mrd Tonnen	Russland
94	Mrd Tonnen	Deutschland
79	Mrd Tonnen	UK (GB)
60	Mrd Tonnen	Indien
51	Mrd Tonnen	Afrika Kontinent
17	Mrd Tonnen	Brasilien
5,5	Mrd Tonnen	VAE*
1770	Mrd Tonnen	ganze Welt

Die Vereinigten Arabischen Emirate, VAE*, wurden stellvertretend für jene wenigen Länder des globalen Südens ausgewählt, deren Emissionen ihren gerechten, an der Bevölkerungszahl orientierten Anteil an der Atmosphäre seit 1960 bis heute übersteigen.

Tabelle: aswnet.de ; Quelle: ourworldindata.org

Die historische Klimaschuld

Noch deutlicher zeigt sich die globale Klima-Ungerechtigkeit bei einem Blick in die Vergangenheit. Die Industrieländer des Nordens belasten die Atmosphäre bereits seit über 200 Jahren mit Kohlenstoff-Emissionen, ihr „Entwicklungsweg“ auf Basis von Kohle und Stahl war bis ins 20. Jahrhundert hochgradig klimaschädlich. Bekanntlich begab sich England bereits Ende des 18. Jahrhunderts auf diesen Weg und bis 1882 verursachte es mehr als die Hälfte der kumulierten weltweiten Emissionen. Deutschland, andere Länder Europas und die USA zogen im 19. Jahrhundert nach – 1911 gingen die USA in Führung. Die Tabelle zeigt: Mit rund 427 Milliarden Tonnen sind die USA seit 1750 für ein Viertel der historischen Emissionen bis 2022 verantwortlich, die EU zusammen immerhin auch für 16,7 %. Etwas weniger (14,7 Prozent) ist China zuzuschreiben, und Indien ist mit 3,4 % – historisch gesehen – fast bedeutungslos.

Da CO2 über Jahrhunderte (2) in der Atmosphäre verbleiben kann, ist es naheliegend, die Länder auch für diese historischen und nicht nur die aktuellen Emissionen zur Verantwortung zu ziehen. Das sehen vor allem Vertreterinnen des globalen Südens so, also jener Länder, die heute die stärksten Schäden und Verluste durch den Klimawandel verzeichnen, selbst aber erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts mit einer klimaschädlichen Entwicklung begonnen haben.

„Neokoloniale“ Aneignung des Gemeinguts Atmosphäre

Reparationen für in der Vergangenheit verursachte Emissionen werden allerdings von Politiker:innen und Rechtstheoretikern kritisch gesehen, weil die Klimaschädlichkeit fossiler Energieträger noch nicht bekannt war und somit kein schuldhaftes Verhalten vorliegt.

Uns interessiert daher ein Ansatz, der für die Quantifizierung von Klimaschulden des globalen Nordens gegenüber dem Süden gar nicht so weit in die Vergangenheit zurückgeht. Fanning und Hickel haben in einer vielbeachteten Studie (3), veröffentlicht im Juni 2023, das Jahr 1960 zum Ausgangspunkt gemacht, „da die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Einfluss der Verbrennung fossiler Brennstoffe auf die CO2-Emissionen und die Temperatur in der Atmosphäre bereits in den 1950er Jahren gut verstanden wurden“, so die Autoren.

Von diesem Stichjahr ausgehend haben sie, auf Grundlage eines IPCC-Szenarios (4) für eine 1,5 Grad konforme Entwicklung, die von 1960 bis 2050 mögliche CO2-Menge berechnet, die nicht überschritten werden darf, wenn die Welt die Begrenzung der Erderwärmung auf das Pariser Klimaziel noch schaffen möchte. Sie kamen auf ein globales „Verschmutzungsbudget“ von 1,8 Billionen Tonnen CO2. (5)

Geleitet von dem ethischen Prinzip, dass die Atmosphäre ein Gemeingut ist und allen Menschen gleichermaßen zusteht, haben sie dann dieses Budget auf 168 Länder der Welt gemäß deren Bevölkerungszahl umgelegt.

Die Berechnungen ergaben, dass die meisten Länder der Nordhalbkugel ihre gerechten Anteile am globalen CO2-Budget schon jetzt überschritten haben: Deutschland und England zweifach bzw 2,5 fach, die USA sogar vier-fach. Damit hätten sich diese Industrieländer, so die Autoren, die Kohlenstoffbudgets der südlichen Länder ganz selbstverständlich angeeignet. Dies würde der Begriff „climate coloniality“ (Klima-Kolonialität) ausdrücken (6).

Der CO2-Abdruck dieser simbabwischen Dorfbewohnerinnen liegt bei weniger als einem Zehntel eines Deutschen, doch leiden sie unter den Folgen des Klimawandels zehnmal mehr.

Gerechte Ausgleichzahlungen in Billionenhöhe

Und was steht nun den Ländern zu, die von den „Klimakolonialmächten“ um ihre gerechten Anteile am Gemeingut Atmosphäre gebracht wurden und werden? Fanning und Hickel haben die überschießenden Emissionen von 67 Ländern in Form von Kohlenstoffpreisen dargestellt, die der Weltklimarat IPCC in seinem sechsten Sachstandsbericht (IPCC-AR6) als nötig für die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C angegeben hat. Das sei eine Möglichkeit, so die Autoren, die Aneignung der Atmosphäre in einer Weise zu quantifizieren, „die historische und aktuelle Verantwortlichkeiten berücksichtigt“.

Die Berechnungen ergeben Zahlungen in einer Dimension, die sich sehen lassen kann. Insgesamt 67 Länder, Industrieländer des globalen Nordens sowie reiche Ölmonarchien des Südens haben ihr Budget überschritten, sie müssen zusammen 192 Billionen Dollar (also 192.000 Mrd. Dollar) an die „undershooting countries“ zahlen, also an die, die ihr Budget noch nicht ausgeschöpft haben. Das sind 101 Länder, unter ihnen Indien, das bisher erst ein Viertel des ihm zustehenden CO2-Anteils produziert hat. Indien würde 57 Billionen Dollar zustehen, den Ländern Subsahara-Afrikas zusammen 45 Billionen und selbst China (7) bekäme 15 Billionen. Im Durchschnitt aller dieser „Empfängerländer“ wäre das ein Ausgleich von 940 Dollar pro Kopf und Jahr.

Von den Gesamtschulden des Nordens hätten allein die USA 80 Billionen zu zahlen, jährlich 2,6 Billionen und damit rund 15 Prozent ihres BIP, die EU wäre mit 46 Billionen in der Pflicht.

Das verweist nocheinmal auf die zugrundeliegende Idee: Die Ausgleichszahlungen der Industrieländer wären eine Entschädigung dafür, dass die „undershooting countries“ des globalen Südens auf die ihnen zustehenden Anteile an der Atmosphäre und das ihnen zustehende Verschmutzungsbudget verzichten, damit alle Länder der Welt zusammen das 1,5 Grad-Klimaziel noch erreichen können.
Das wäre also etwas ganz anderes als jene Zahlungen in Höhe von 100 Milliarden jährlich, die seit 15 Jahren diskutiert werden. Auf dem Klimagipfel 2009 in Kopenhagen hatten die Industrieländer den ärmeren Ländern für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel Unterstützungen zugesagt, die ab 2020 100 Mrd Dollar jährlich betragen sollten (und die, wie kürzlich bekannt wurde, nicht einmal in vollem Umfang geleistet werden).

Die von Fanning Hickel geforderten sehr viel höheren Entschädigungen für vom Norden angeeignete (geraubte) gerechte Anteile der Südländer an dieser unserer Welt wären dagegen ein tatsächlicher und angemessener Ausgleich von Ungerechtigkeit.

Von Isabel Armbrust

ANMERKUNGEN:
Um die Lesbarkeit des Textes trotz der vielen Zahlen nicht einzuschränken, haben wir auf die genderkorrekte Schreibweise mit Doppelpünktchen verzichtet und stattdessen die weibliche Form verwendet.
Ihre Redaktion

(1) Alle Zahlen von „our world in data“, www.ourworldindata.org
(2) Genauer zur Verweildauer von Klimagasen:
www.deutsches-klima-konsortium.de/de/klimafaq-12-3.html
(3) Fanning, A.L., Hickel, J. Compensation for atmospheric appropriation. Nat Sustain (2023). doi.org/10.1038/s41893-023-01130-8
(4) Will die Welt die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad noch schaffen, dann müssen die CO2-Emissionen bis 2030 halbiert und bis 2050 auf netto null sein, so der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC) von 2023
(5) Dazu zunächst die CO2-Emissionen jedes Landes von 1960 bis 2019 ermittelt und mit den ab 2020 zu erwartenden Emissionen jedes Landes auf Basis seiner spezifischen Minderungsraten bis Netto Null im Jahr 2050 addiert. Parallel dazu haben die Autoren das Gleiche auch noch für ein business-as-usual-Szenario durchgespielt: Die Länder des Südens, die in einem Netto-Null-Szenario bis 2050 nur 50 Prozent ihres fairen Anteils von 1,5 Grad verbrauchen würden, würden bei einer Fortschreibung aktueller Emissionstrends (also business as usual) immerhin noch innerhalb ihres fairen Anteils am 2 Grad Kohlenstoffbudget bis 2050 bleiben.
(6) Sultana, F. Critical climate justice. Geogr. J. 188, 118–124 (2022).
Warlenius, R. Decolonizing the atmosphere: the climate justice movement on climate debt. J. Environ. Dev. 27, 131–155 (2018).
Sultana, F. The unbearable heaviness of climate coloniality. Polit. Geogr. https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102638 (2022).
(7) Hier sei nocheinmal erinnert, dass alle diese Berechnungen innerhalb eines 1,5 Grad-Szenarios (bei dem bis 2050 die Netto-Emissionen bei Null sein müssen) stattfinden. Zum Vergleich haben Fanny/Hickel auch ein „business-as-usual“ Szenario durchgespielt, bei dem das 1,5 Grad Kohlenstoffbudget schon 2030 aufgebraucht wäre und das für eine 2 Grad-Erwärmungsgrenze etwa 2044. China wäre, sollte es den „business as usual“-Weg gehen und seine Verschmutzungstrends fortschreiben, im Jahr 2050 für 27 % der 1,5 Grad-Überschreitung verantwortlich, die nördlichen Industrieländer würden dann 60 Prozent der Überschreitung verantworten.

Im Lichte deines kolonialen Blicks

Foto: AdobeStock # 618095079

VON GUILHERME CARVALHO

Celso Furtado, einer der größten brasilianischen Denker, sagte einmal, dass Fortschritt und Entwicklung die beiden Konzepte seien, mit denen die Europäer all die Gräueltaten rechtfertigten, die sie während der Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents begangen haben. Was hat sich nun, mehr als fünfhundert Jahre nach dem Beginn, tatsächlich geändert? Aus Perspektive der Menschen im globalen Süden, insbesondere im Amazonasgebiet, nicht viel. Denn diese Ideen dienen nach wie vor als Rechtfertigung für das Eindringen in das Land indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften, für die Verweigerung ihrer Landrechte, die Zerstörung ihres Waldes und ihrer Lebensweisen oder für die Anwendung aller Arten von Gewalt gegen Führer und Menschenrechtsverteidiger:innen.

Neue Formen des Kolonialismus durch die Energiewende

Die Klima- und Umweltkrise befördert neue Formen des Kolonialismus, bei denen der globale Süden als Grundlage für die Energiewende des globalen Nordens dient. Lithium, Kupfer, Eisenerz, „grüner“ Wasserstoff sowie Agrotreibstoffe sind einige der Rohstoffe, die für den grünen Umbau hoch geschätzt werden. Auf der anderen Seite wird der Kohlenstoffmarkt, der von Nationalstaaten, transnationalen Wirtschaftskonzernen und Mega-NGOs gemanaged oder unterstützt wird, als der effektivste Weg zur Bekämpfung des Klimawandels angepriesen.

Agropalma: Nachhaltigkeitssiegel trotz krimineller Praktiken

Im brasilianischen Amazonasgebiet, wo Hunderte von indigenen Völkern und traditionellen Gemeinschaften leben, zeigen sich die Schattenseiten der marktbasierten Initiativen sehr deutlich. In Pará ist zum Beispiel das Unternehmen Agropalma tätig, der größte Palmölproduzent Amerikas. Vor kurzem wurde er von einem Gericht verurteilt, weil er sich in krimineller Weise öffentliches Land angeeignet hat. Das Unternehmen ist in den Gemeinden Acará, Moju, Tailândia und Tomé-Açu tätig und hat in mehreren Fällen die sozio-territorialen Rechte traditioneller Gemeinschaften, insbesondere der Quilombolas, missachtet. Es hat seine Sicherheitsdienste eingesetzt, um die Bewohner:innen einzuschüchtern, es hat deren Bewegungsfreiheit behindert und sogar verhindert, dass Kinder die bestehenden Schulwege benutzen. Als wäre all diese Gewalt noch nicht genug, will Agropalma auch noch geschützte Gemeindegebiete beschlagnahmen, um ein umfangreiches REDD+-Waldschutzprogramm zu starten (siehe S. 6). Eine Konsultation der Gemeinden dazu, auf der Grundlage des ILO-Übereinkommens 169, hat es bislang nicht gegeben und diese ist auch nicht absehbar.

Im Laufe der Jahre hat sich Agropalma riesige Landflächen angeeignet, Anwohner:innen aus ihren Gebieten vertrieben, Friedhöfe geschändet, um Ölpalmen anzu-

Der größte Palmölproduzent Agropalma hat es geschafft, trotz der Vertreibung von Bewohner:innen und Pestizideinsatz an Siegel und Zertifizierungen zu kommen.

pflanzen, und große Mengen an Pestiziden auf den Plantagen eingesetzt. Ganze Gemeinden haben schon gegen die Verseuchung ihrer Flüsse, Bäche und des Grundwassers protestiert. Trotzdem verfügt Agropalma über verschiedene Siegel und Zertifizierungen (IBD, USDA Organic, RSPO, JAS und andere), die den „nachhaltigen Charakter" des Unternehmens und seiner Aktivitäten belegen sollen. Das REDD+-Programm von Agropalma ist nur ein weiteres Instrument zur Aneignung von Gemeindeland und ein Versuch, die Gemeinden und die gegen sie verübte Gewalt unsichtbar zu machen.

Fake-Emmissionszertifikate zum Ausgleich von Lufthansa-Flügen oder Emissionen von Samsung

In der Gemeinde Portel, ebenfalls im Bundesstaat Pará, wurden Unternehmen aus Brasilien und dem Ausland von der Staatsanwaltschaft offiziell angeklagt, öffentliches Land genutzt zu haben, „um unrechtmäßig vom Verkauf von Emissionsgutschriften an multinationale Konzerne zu profitieren". Sie fälschten Dokumente, um öffentliches Land so zu nutzen, als wäre es privat und verkauften auf Basis der CO_2-Speicherkapazität dieser Landflächen Gutschriften. Damit täuschten sie auch traditionelle Gemeinschaften.

Auf dem Finanzmarkt wurden Millionen von Dollar verdient, die vom weltgrößten Zertifizierer, Verra, gebilligt wurden. Boeing, Toshiba, Bayer, Air France, Kingston, Delta AirLines und Samsung UK waren einige der Unternehmen, die das kriminelle System ermöglicht haben. Sie kauften Emissionszertifikate, um ihre eigenen Treibhausgasemissionen auszugleichen. Mit anderen Worten: Die Klima- und Umweltkrise wird von kriminellen Gruppen ausgenutzt, um viel Geld zu verdienen, und große Wirtschaftskonzerne haben wissentlich oder unwissentlich von diesem System profitiert.

Greenwashing statt struktureller Veränderungen

Die hohen Temperaturen breiten sich auf dem gesamten Planeten aus, die Polkappen schmelzen immer schneller, Wirbelstürme, Dürren und Überschwemmungen sind häufiger geworden. Die durch diese Klimaphänomene verursachten sozio-ökologischen Schäden betreffen jedoch nicht alle Menschen gleichermaßen. In Kanada wird das schmelzende Eis die wirtschaftliche Ausbeutung großer Landstriche ermöglichen. Dasselbe Phänomen am Polarkreis wird den Vereinigten Staaten und Kanada, den skandinavischen Ländern und Nordasien neue Verkehrskorridore und die Möglichkeit der Ausbeutung großer Mineralvorkommen und Fischereigebiete bieten. Diese Situation schürt die Finanzspekulationen und die Gier mächtiger Wirtschaftskonzerne. Für sie ist es daher profitabler, beschönigende Maßnahmen zu fördern, als strukturelle Änderungen am System selbst voranzutreiben. Das Problem ist, dass unsere Zukunft dadurch unwiederbringlich gefährdet wird. Vielleicht haben die Eliten bereits jede Hoffnung auf eine Zukunft auf der Erde aufgegeben und wenden sich einem neuen Wettlauf ins All zu, der ihnen die Besiedlung anderer Welten garantiert. Wer weiß das schon?

Das Machtgefälle der Welt in grünem Gewande

In der Zwischenzeit sind ganze Bevölkerungsgruppen im Amazonasgebiet, dem größten Flusseinzugsgebiet der Welt, von Dürre betroffen und haben nicht einmal mehr Trinkwasser. In mehreren Ländern des globalen Südens schreitet die Wüstenbildung voran, einige Inseln drohen einfach zu verschwinden und Millionen von Menschen sind zu Klimaflüchtlingen geworden. Gleichzeitig weigern sich die Länder des globalen Nordens, ihre Verantwortung für diese Katastrophe zu übernehmen, stellen die in multilateralen Verhandlungen versprochenen Mittel nicht zur Verfügung, verzögern die Verabschiedung struktureller Maßnahmen zur Bewältigung dieser Probleme, fördern weiterhin einen ungezügelten Konsum und erzwingen eine makroökonomische Politik, die die Fähigkeit der Nationalstaaten des globalen Südens, eine integrative öffentliche Politik zu betreiben, zerstört. Die geschwächten Staatsapparate des globalen Südens sind so kaum in der Lage, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, was sich bei der jüngsten Flutkatastrophe in Libyen dramatisch gezeigt hat.

Eines ist sicher: Der Weg aus der Klima- und Umweltkrise führt über Politik, vereinbarte Maßnahmen sowie soziale Mobilisierung und nicht nur über Technologie. Denn die Technologie wird vom globalen Norden kontrolliert und ist auch eine Quelle von Macht. Sie bringt ein Gefälle in die Beziehungen zwischen den Ländern. Kurzum, bewegen wir uns auf die Entwicklung von Alternativen zu, die unterschiedslos allen zugutekommen? Oder steuern wir, getrieben durch die Klima- und Umweltproblematik, auf eine neue Form des Kolonialismus zu? Was denken Sie darüber?

Die koloniale Attitüde beim Abbau von CO^2-Emissionen und die Selbstverständlichkeit der Ausbeutung der Welt

VON FRANZISKA KOHLHOFF

Foto: AdobeStock # 100811330

„Wenn afrikanische Vertreter [zur Berlin-Konferenz 1894] eingeladen worden wären, hätten sie vielleicht Einspruch erhoben. Oder sie hätten zumindest darauf hingewiesen, dass das willkürliche Zeichnen von starren Linien auf ungenauen Karten zu einigen langfristigen internen Brüchen führen würde und es gewiss Generationen über Generationen brauchen würde, um ihre verfluchten Wurzeln zu entwirren [...]. Vielleicht. Doch das passierte nicht. Und das war Absicht; es war nicht so, dass sie (die Kolonialmächte) niemanden auf dem Kontinent hätten finden können, der gewillt gewesen wäre, die zukünftigen Verhandlungen über die eigene Region mit zu beeinflussen." 1)

Die aktuelle Klimakrise ist eine komplexe Angelegenheit. Und sie ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Rassismus und Imperialismus die Welt und die Menschen, die in ihr leben, ungleich strukturieren. Es sind erwiesenermaßen die Industriestaaten im Globalen Norden, die den Klimawandel historisch zu verantworten haben. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts, also mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden extremen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Menschen des Globalen Südens, ist die globale Durchschnittstemperatur um 0,9 Grad gestiegen. Zusammen mit den Schwellenländern wie China stoßen diese Länder auch heute ein Vielfaches mehr an CO^2 aus, als die ärmeren Länder des Globalen Südens. Doch genau dort, in den ländlichen Regionen mit ihren natürlichen Ressourcen, sollen die Emissionen ausgeglichen werden. Das ist nicht nur ungerecht, sondern führt auch zu neuen Abhängigkeiten. Denn so ungleich wie die Menschen an der Zerstörung unserer Umwelt beteiligt sind, so ungleich verteilt sind die Versuche, Umweltschäden zu kompensieren oder vermeintlich zu neutralisieren.

In unserer langen Menschheitsgeschichte sind wir es gewohnt, uns an sich verändernde äußere Umstände anzupassen. Dafür scheint dem Menschen jedes Mittel recht. Die Entfremdung von der Natur, sie als Mittel zum Zweck zu begreifen und nicht als Grundlage unseres Lebens – als ein Geben und Nehmen – hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt als Menschheit stehen. Man könnte es „menschliches Urvertrauen" nennen, dass wir die Welt in ihrer Hülle und Fülle schon immer als so gegeben wahrnehmen und daher voraussetzen, dass alles immer so bleiben wird. Aber damit bleibt alle wissenschaftliche Erkenntnis zum Klimawandel der letzten 40 Jahre außen vor – und damit unsere Verantwortung gegenüber dem Planeten und allem Leben, das auf ihm herrscht.

Das menschliche Einwirken auf das Weltklima im generalisierend so genannten „Anthropozän" schreibt eine Geschichte über Macht. Die Macht, sich fraglos an natürlichen, territorialen, menschlichen und tierischen Ressourcen zu bedienen und sie ohne Rücksicht auf Verluste für uns Menschen zu nutzen. Wir benehmen uns wie der berühmte Elefant im Porzellanladen – anders als dieser allerdings bewusst und wider alle wissenschaftliche Erkenntnis. Wir nehmen die Natur ebenso wie die Menschen, die in den kolonialisierten Territorien ausgebeutet wurden, eher als billige Ressource wahr, denn als Ursprung allen Lebens. Auch hier schreibt sich die koloniale Attitüde fort. In einem FAZ-Interview zur politischen und kulturellen Entität des Afrikanischen Kontinents befragt, antwortet der ehemalige CDU Politiker Charles Huber: „Afrika als gedankliche Einheit ist in der Kolonialzeit entstanden, und seither hat sich nicht viel geändert: weil die Länder Afrikas auf die gleiche Art und Weise benachteiligt werden, nämlich gemäß einer Strategie der Abhängigkeit. Man setzt die wirtschaftliche Ausbeutung des Kontinents auch nach dem Ende der Kolonialzeit fort. Besonders in den ehemaligen französischen Kolonien." 2)

Die heutigen Industriestaaten des Globalen Nordens haben ihren Reichtum auch dank der Kolonisierung von Ländern des Globalen Südens ab dem 15. Jahrhundert anhäufen können. Die Ausbeutung des gesamten afrikanischen Kontinents, asiatischer Länder wie Indien oder Pakistan und auch von Teilen der Pazifischen Inseln, die Versklavung von Menschen und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen haben zur aktuellen Schieflage beigetragen.

„Selbst wenn wir zugeben, dass der Kapitalismus der Treiber der ökologischen Krise ist, beschreiben wir den Vorgang doch gerne in kollektiven Begriffen, so als ob alle Menschen gleichermaßen verantwortlich seien. Irgendwie schafft es die Ideologie des Anthropozäns wieder, sich in unseren Diskurs hineinzudrängen. […] Der Begriff „Anthropozän“ ist nicht nur deshalb fehl am Platze, weil frühere Wirtschaftssysteme die globale Ökonomie nicht in gleicher Weise bedroht haben wie derzeit der Kapitalismus, sondern auch, weil selbst heute nicht alle Menschen gleichermaßen verantwortlich sind.“ 3)

Da unsere Wirtschaft weltweit ausschließlich auf Wachstum ausgelegt ist, müssen in der Konsequenz für den Energiebedarf aller Produktionszweige (u.a. Rohstoffgewinnung, -verarbeitung und -transport) immer mehr natürliche Ressourcen abgebaut werden – dabei wäre, um die Erderwärmung einzudämmen, eine komplette Reduktion der Emissionen notwendig. Stattdessen werden immer mehr Ressourcen in Ländern des globalen und geopolitischen Südens ausgebeutet, um neue Energiequellen für die Industriestaaten zu erschließen oder gar eigene Emissionen zu reduzieren.

Damit reiht sich die koloniale Attitüde beim Abbau von CO_2-Emissionen in die rassistische Geschichte der Industriestaaten des Globalen Nordens ein. Auch darum ist die Klimakatastrophe nicht vom kolonialen Projekt trennbar, welches seit über 600 Jahren von Europa ausgeht.

Es gibt zwar verschiedene Ideen, die Emissionen weltweit zu reduzieren. Der Ansatz, erneuerbare Energien auszubauen, ist dabei ein löblicher Versuch, die Katastrophe aufzuhalten. Doch der Ausbau kann nur ein Teil der Strategie sein, da er in vielen Fällen zugleich ein weiterer Schritt in der Kolonialisierung beispielsweise afrikanischer oder auch südamerikanischer Länder ist. Wir brauchen nur auf unsere ASW-Partnerländer Senegal oder Westsahara zu blicken, in denen sich unsere deutschen Regierungsvertreter:innen immer wieder nach neuen, z.T. sogar fossilen „Energiepatenschaften“ umsehen.

Senegal soll Erdgas für deutsche Haushalte und die Industrie liefern. Dass durch die Förderung vor der Küste Senegals u.a. ganze Fischbestände zugrunde gehen und damit die Einkommensgrundlage vieler Senegales:innen wegfällt, findet in den Verhandlungen um die Lizenzen bisher kaum Beachtung. Ebenso wenig die Tatsache, dass die senegalesische Bevölkerung nicht vom Gasgewinn profitieren wird – weder finanziell noch im alltäglichen Leben – da es nicht einmal Gasanschlüsse in den angrenzenden Haushalten gibt.

Genauso wenig Aufmerksamkeit bekommt die letzte Kolonie Afrikas, die Westsahara. Es klingt zunächst nach einer guten Idee, die in der Wüste reichlich vorhandene Sonnenergie zu speichern und zur Erzeugung von „grünem Wasserstoff“ zu nutzen. Doch zum einen fehlt in der Wüste Wasser, das daher in energieintensiven Entsalzungsanlagen gewonnen und antransportiert werden müsste, zum anderen würden die erwirtschafteten Profite v.a. in die Taschen des marokkanischen Königs fließen, der die Westsahara völkerrechtswidrig besetzt hält. Kurz gesagt: Energieförderung auf Kosten von Menschenrechten. Der „grüne Kapitalismus“ setzt optimistisch auf eine wissenschaftsbasierte Rettung der Menschheit und ist offenbar weiterhin bereit, die Menschen in Klassen aufzuteilen, in denen die einen es wert sind, gesund und in Freiheit zu leben und die anderen eben nicht.

Es ist enorm wichtig, sich in alle Richtungen nach Möglichkeiten der CO_2-Einsparung oder zum Abbau vorhandener Emissionen umzusehen. Aber dies darf nicht geschehen, ohne die Stimmen und Realitäten derer zu beachten, zu deren Lasten vermeintliche Lösungen gehen. Die Menschheitsgeschichte hat uns gezeigt, wohin es führt, nur die eigene Lebenswirklichkeit und den eigenen Vorteil im Blick zu haben: zu Kolonialismus und Klimakatastrophe. Wir sollten inzwischen schlauer sein.

1) Dipo Faloyin: „Afrika ist kein Land“, Suhrkamp nova 2023, S. 45.

2) www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/interview-mit-charles-huber-ueber-afrikas-sorgen-und-wut-19219031.html

3) Hickel, Jason: „Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus unseren Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher wären.“ Oekom 2023, S. 128.

Folgen für den Globalen Süden

Foto: AdobeStock # 63757752

Fleischproduktion auf gerodeter Weidefläche in Amazonien ist oft zu lukrativ, als dass der Waldschutzmechanismus REDD sie verhindern könnte.

Amazonien und Cerrado: Wo der Klimawandel apokalyptische Dimensionen annimmt

VON SILKE TRIBUKAIT

Es ist 6 Uhr morgens in Santarém, einer Kleinstadt direkt am Amazonas, zwischen Manaus und dem Atlantik. Wie überall am Äquator geht die Sonne eigentlich immer um diese Zeit auf. Aber am 18.11.2023 verabschiedet sich die Nacht nur in ein vages Grau. Sara Pereira von unserem Partner FASE ist so entsetzt, dass sie den merkwürdigen „Sonnenaufgang" filmt und auf Facebook postet. Auch ich sehe mit Bestürzen zum ersten Mal auf der Wetter App: Santarém 27 Grad und Rauch! So sichtbar waren die Folgen des Klimawandels noch nie zuvor!

Im Oktober 2023 wurden bereits die niedrigsten jemals gemessenen Pegelstände am Amazonas registriert. Der Wassermangel hat in der Region zum Tod von vielen Fischen, Nahrungsknappheit und einer wirtschaftlichen Krise geführt.

Die historische Dürrekatastrophe, hohe Temperaturen, Mangel an Niederschlag, gepaart mit dem Klimaphänomen El Nino, verursachen zunehmend Feuerausbrüche, die mangels Wasser schwerlich gelöscht werden können. Nicht alle Feuer brechen von alleine aus, einige Interessenten an „Neulandgewinnung" für Sojaanbau und Viehzucht haben ebenso Brände gelegt. Die unter der Regierung Bolsonaro stark geschrumpften Umweltschutzinstitutionen sind längst noch nicht wieder so aufgebaut, dass sie den vielen Umweltsündern Einhalt gebieten könnten. Auch unsere Partnerinnen von AIPAPI im 350 km von Santarém entfernt gelegenen Ort Pinhel schicken uns erschreckende Berichte. Alle Dorfbewohner sind im Einsatz, um Schleusen zu schlagen, damit nahe des Dorfes ausgebrochene Feuer nicht die Häuser erreichen.

Wenn der Fluss als Verbindung zur Welt austrocknet

Amazonien ist eine der wasserreichsten Regionen der Welt. Alles Leben ist auf das Wasser abgestimmt, auch das der Menschen. Flüsse sind für sie Nahrungsquelle und Transportwege. Aber Ende 2023 sind tausende von Gemeinden von der Außenwelt abgeschnitten.
Statt in 20 Minuten zu Fuß und per Boot zur Kleinstadt Aveiro auf die andere Seite des Tapajos zu kommen, brauchen unsere Partnerinnen nun mehr als zwei Stunden. Der Wasserstand ist so niedrig, dass sie sich nun erst fast einen Kilometer zu Fuß durch den zurückgebliebenen Schlamm kämpfen müssen. Alten und Kranken ist es kaum möglich, das Dorf zu verlassen, und der Helikopter, der die Gemeinden im Munizip Itaituba versorgt und den sich die indigenen Maytapu hart erkämpft haben, hat auch so schon einen viel zu großen Einzugsradius.

Nun brennt es im wahrsten Sinne des Wortes überall. „Die Augen fangen an zu tränen und viele der Bewohner:innen leiden unter Atemnot und Husten", berichtet uns Ivete vom Frauenfond.

„Wir müssen sogar Wasser zum Trinken kaufen, weil das Flusswasser in Pfützen steht und das Regenwasser schlecht für unsere Gesundheit sein kann, weil so viel Rauch in der Luft liegt." In vielen Gemeinden erreichen die neu gebohrten Trinkwasserbrunnen nicht mehr die niedrigen Grundwasserreservoirs.

Viele Siedlungen sind jetzt auf Hilfslieferungen angewiesen. Essenspakete und Kanister mit Trinkwasser werden über wackelige Planken und Schlamm transportiert. Aber nicht alle Gemeinden erreicht die staatliche Unterstützung. Viele sind auf sich selbst gestellt. „Wie gut, dass wir uns durch unseren agrarökologischen Anbau wenigstens mit Gemüse und Getreide versorgen können", sagt Marta vom Frauenfond. „Aber unsere Überschüsse können wir nicht vermarkten, weil wir von hier nicht wegkommen." Vielerorts bleiben wegen der Trockenheit auch die erwarteten Ernten aus.

Aber das ist noch nicht alles. Die Zerstörung des Amazonasgebiets, das laut einem Bericht des Instituts für Mensch und Umwelt des Amazonasgebiets allein im Jahr 2022 10.573 km² Wald durch Abholzung verloren hat, verringert die Fähigkeit des Bioms, Feuchtigkeit an andere Regionen weiterzugeben, wodurch die Regen- und Trockenzeiten im Amazonasgebiet selbst und im Rest des Kontinents aus dem Gleichgewicht geraten, was sich dann auch global auswirkt.

Amazonas versus Cerrado

Zwar sind unter der neuen brasilianischen Umweltministerin Marina Silva die Abholzungsraten für Amazonien gesunken – sie lagen z.B. im Juli 2023 um mehr als 60 % unter denen des Juni 2022. Doch viele Holzfäller weichen nun offenbar auf andere Regionen aus, zum Beispiel auf den ökologisch sensiblen und schon stark geschädigten Cerrado. Dessen Savannenwälder verzeichneten im gleichen Zeitraum von 2022 bis 2023 eine Abholzungszunahme von 16 %. Allein zwischen Januar und Mai 2023 wurden dort 3.320 km² Waldfläche abgeholzt. Das entspricht fast der doppelten Fläche der Stadt São Paulo.

Eukalytusplantagen – eine grüne Wüste

Auf den gerodeten Flächen entstehen meist Soja- oder Eukalyptuspflanzungen, die im Cerrado schon seit zwei, drei Dekaden boomen. Eukalyptusmonokulturen wirken sich besonders nachteilig aus. Der Baum wächst schneller als andere Hölzer und hat einen extrem hohen Wasserverbrauch. Dadurch stören die Plantagen den Wasserhaushalt des Cerrado, dessen Aquifere normalerweise Wasser in die Flüsse einspeisen. Weitere Probleme sind Landnutzungskonflikte mit lokalen Gemeinschaften und der hohe Einsatz von Agrarchemikalien.

Eukalyptus ist vielfältig nutzbar als Rohstoff für Handwerk, Bau, Energieerzeugung, aber der Großteil der Eukalyptus-Produktion Brasiliens wird für die Zellstoffproduktion verwendet. Beim Export von Zellulose ist Brasilien mit 19,1 Mio. t (2022) vor Kanada (8 Mio. t) und den USA (6,8 Mio. t) Weltmarktführer. Allein der Export der weiter verarbeiteten Zellulose bringt Brasilien jedes Jahr rund 7 Mrd. Euro ein.

Der Klimawandel ist bereits sichtbar

„Die Entfernung einheimischer Vegetation erhöhte die Durchschnittstemperatur in einigen Regionen um 3,5 ° C und verringerte die potenzielle Evapotranspiration (Verdunstung) um 39 % bis 44 %. Dies zeigt, dass die umfangreiche Abholzung der Wälder im Cerrado für Weiden und Feldfrüchte Probleme für die Gesellschaft und auch für die Agrarindustrie selbst kreiert, die eigentlich das Problem verursacht hat“, sagt Ludmilla Aguiar von der Universität Brasilia. Die Durchschnittstemperatur des Bioms stieg laut Studien zwischen 1961 und 2019 um Werte zwischen 2,2 ° C und 4,0 ° C an, während die Niederschläge im gleichen Zeitraum um 15 % zurückgingen.

Zellulose und Pellets für Europa

Unser Partner Mayron Regis vom Forum Carajás hält die Ausweitung des Eukalyptusanbaus für eine Form von Klimakolonialismus, denn Brasilien bedient auch den Hunger Europas nach Pellets, hergestellt aus Eukalyptus. Und bedauerlicherweise spiele hier der Bundesstaat Maranhão mit: „Er hat in den letzten Jahren keine kollektiven Gebiete mehr für die Gemeinden des Cerrado ausgewiesen. Er weist Landstücke nur einzeln aus und begünstigt so den Landverkauf und die Landnahme durch Firmen wie Suzano“, beklagt Mayron. „Nur die Anerkennung von Gemeinden als traditionelle Gemeinschaften konnte in der Vergangenheit den Vormarsch von Eukalyptus- und Sojaanbau verhindern.“

Doch in der Klimadebatte gelten Eukalyptusanbau und -aufforstung immer noch als nachhaltig und so schreitet die zum Teil illegale Ausweitung der Anbauflächen und die Abholzung des Cerrado voran. Ein großer Akteur auf diesem Feld ist der Konzern Suzano, der bereits 2009 Tausende Hektar Cerrado vernichtet hatte. Derzeit hat er zahlreiche Klagen und 260 mögliche und wahrscheinliche Zivil- und Umweltverfahren am Laufen – sowie mehr als 2500 Verfahren vor Arbeitsgerichten. Die Vorwürfe reichen vom wahllosen Einsatz von Pestiziden, über Gewässerverschmutzung bis hin zu Landraub und dem Versäumnis, bei Infrastrukturprojekten die lokale Bevölkerung zu konsultieren. Aber Suzano verkauft sich gut und vor allem als nachhaltig und hat über gute ESG-Bewertungen Milliarden grüner Investitionsgelder erhalten. Mit sogenannten ESG-Ratings (Auszeichnung für gute Umwelt- und soziale Unternehmensführung) wird die Bonität von Firmen für mögliche Investoren eingeschätzt.

Suzano hat bereits Milliardenbeträge von großen Investoren wie der französischen Bankengruppe Credit Agricole, dem staatlichen Pensionsfonds Norwegens oder dem niederländischen Pensionsfonds Zorg en Welzijn erhalten.

Solange die auch bei uns im Norden liegenden Ursachen für Waldzerstörung nicht angegangen werden und wir uns stattdessen an schwammige Nachhaltigkeitsstandards klammern, werden Suzano und andere weitermachen, bis der ganze Cerrado eine Agrarwüste ist. Die (Klima)Folgen werden weit über Brasilien hinausreichen.

„Im Namen des Klimaschutzes darf keine Aneignung indigenen Lands passieren“

VON SINA RAUCH

Wenn wir von Klimakolonialismus sprechen, ist Aneignung von Land im Namen von klimapolitischem Fortschritt als ein Teil davon zu benennen. Denn vor allem in Weltregionen, die durch Aus- und Fortwirkungen des historischen Kolonialismus benachteiligt sind, werden große land- oder waldwirtschaftliche Flächen für Aufforstungen zum Kohlenstoffdioxid(CO_2)-Ausgleich umgenutzt. Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte der landnutzenden Lokalbevölkerung werden dabei allzu oft nicht verwirklicht.

Emissionshandel für Klimaneutralität – eine global nachhaltige Lösung?

„Emissionshandel ist ethisch gesehen der falsche Weg“, warnte ASW-Partnerin Rukmini Rao auf ihrer Rundreise durch Deutschland. „Es ist völlig unethisch, dass hier weiter verschmutzt, mit CO_2-Krediten gehandelt, und von den Menschen im Global Süden erwartet wird, dass sie hinter euch aufräumen. CO_2-Handel bedeutet neue Formen des Kolonialismus. Kommen, nehmen, ‚Lösungen‘ verordnen… Die EU kann keine Klimaneutralität erreichen, ohne den Globalen Süden auszubeuten.“
Wir haben uns und unsere Partner gefragt, was zum Beispiel CO_2-Handel konkret für Menschen im Globalen Süden bedeutet. Ein Austausch mit Expert:innen aus Indien verdeutlicht, warum Kritik daran nicht heißt, sich gegen Klimaschutz zu positionieren – sondern achtzugeben, dass dieser sozial- und umweltgerecht vorangetrieben wird.
Das Centre for People’s Forestry (CPF) ist aus der langjährigen ASW-Partnerorganisation Centre for World Solidarity (CWS) hervorgegangen. Es beschäftigt sich seit über 20 Jahren aus der Perspektive von Gemeinschaften, die in und vom Ökosystem Wald leben, mit nachhaltiger Waldwirtschaft und Aufforstung. Befragt nach ihrer Perspektive auf die wachsenden globalen Bestrebungen der Aufforstung zum Ausgleich von klimaschädlichen CO_2-Emissionen, antwortete CPF-Direktorin Girijadevi Boddupalli:

„Mit der Schaffung des CO_2-Martkmechanismus nach der COP26 (26. Klimakonferenz/’Conference of Parties’ der Vereinten Nationen 2021 in Glasgow) hat das Thema Aufforstung in Indien stark an Aufmerksamkeit gewonnen. Es hat das Interesse globaler Unternehmen geweckt, durch Aufforstungsaktivitäten auch in Indien … ihren CO_2-Fußabdruck auszugleichen und CO_2-neutral zu werden. Die damit verbundenen Auswirkungen müssen langfristig verstanden werden.“

Auswirkungen des globalen CO_2-Markts lokal in Indien

Ein Bild von lokalen Auswirkungen konnten wir uns in einem Gespräch mit CPF-Vertreter Michael Islary machen. Er erzählte beispielhaft von CPF-Projekten, die indigene Gemeinschaften unterstützen, auf ihrem Land Mango-Baumplantagen und Gemüseanbau zu kombinieren, um damit Ernährung und Einkommen zu sichern. Als Projektkoordinator kontaktieren ihn sehr viele Unternehmen und versprechen, mit CO_2-Handel wirtschaftliche Anreize für Gemeinschaften vor Ort zu schaffen.

„Wir wissen, wie der Markt funktioniert, und es hat Geschichte, wie Marktkräfte in die Dörfer, in die indigenen Gemeinschaften kommen…“, gibt Michael Islary zu bedenken, der sich selbst stolz als Angehöriger einer „tribal community“ aus dem nordostindischen Bundestaat Assam vorstellt. Er beschreibt eine Fortwirkung kolonialer Denk- und Handlungsmuster:

„Globale Unternehmen sehen dies als eine Gelegenheit, um sich Land anzueignen. Schon früher haben sie sich indigenes Land angeeignet. Sie haben indigene Völker von ihrem Waldland, ihrem Lebensraum, ihrer Kultur und ihren Lebensgrundlagen verdrängt. Wir müssen sehr wachsam sein, wie Unternehmen mit unseren Gemeinschaften umgehen…“

Globale Unternehmen nehmen Land, Kultur und Lebensgrundlagen

Zur Erinnerung: Es waren nicht zuletzt Wirtschaftsunternehmen, die den europäischen Kolonialismus zur Nutzung von Land und Ressourcen in drei Kontinenten anstießen und dazu die Vertreibung, Versklavung, Ausbeutung und kulturelle Erniedrigung von Menschen vor Ort in Kauf nahmen.

Michael Islary will nicht unterstellen, dass aktuell alle Unternehmen nur an Profit und nicht an Naturschutz und Entwicklung im Sinne indigener Gemeinschaften interessiert sind. In der Praxis sei es aber eine Herausforderung, die Interessen der Unternehmen mit lokalen Vorstellungen von Entwicklung zusammenzubringen. Plantagen-Programme für CO2-Bindung müssten dafür im Einklang mit der lokalen Ökologie entwickelt werden und Ökosystemleistungen, also Nahrung und Bedarfsdeckung für die lokale Bevölkerung, ermöglichen.

Entwicklungsagenda von Lokalbevölkerung und Unternehmen müssen zusammengebracht werden

„Entscheiden wir uns für diese Art von CO2-Kreditprojekten… gilt es zu berücksichtigen: wir müssen einheimische Baumarten pflanzen, die den Menschen vor Ort zugutekommen… Wenn wir nur schnell wachsende Teak- oder Eukalyptusplantagen anlegen– ja, das wird Einkommen bringen. Aber was ist mit der lokalen Artenvielfalt? Was ist mit dem Brennholz, das die Menschen vor Ort benötigen? Was ist mit den Früchten, die die Vögel brauchen? Das müssen wir berücksichtigen, denn Ökologie ist wichtig… Die Interessen der lokalen Gemeinschaften müssen gehört und berücksichtigt werden. Ich weiß, sie haben ihre eigenen einheimischen Praktiken und ihr eigenes Wissen… Ich komme von einem Ort, an dem ich mit reichhaltigen Geschichten über Ökologie und Natur von unseren Vorfahren aufgewachsen bin – und so weiß ich, wie man ein Gleichgewicht zwischen Naturschutz, Biodiversität und indigenen Interessen findet.“

Dass ein Ansatz für „multiple benefits“ (Mehrfachnutzen) erfolgreicher sei als eine exklusive Nutzung von Landfläche für Natur- oder Klimaschutz sei im Übrigen auch durch wissenschaftliche Literatur vom afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Kontinent belegt. In Fällen, in denen die lokale Bevölkerung vom genutzten Land ausgeschlossen und ihre Vorstellungen für Entwicklung nicht miteinbezogen würden, seien Naturschutzprojekte gescheitert.

In den indischen Himalayastaaten, z.B. Uttarakhand, gäbe es aber auch positive Beispiele: Plantagen-Programme seien dort erfolgreich, wo lokale Gemeinschaften und indigenes Wissen einbezogen wurden.

CO2-Kompensation – auf wessen Land, für wessen Nutzen?

Als grundsätzliche Problematik sei zu bedenken, dass Projekte für CO2-Gutschriften vor allem an Zahlen interessiert sind: Wie viele Bäume werden gepflanzt? Wie viele Tonnen CO2 werden durch die Plantage kompensiert? Soziale Organisationen wie das CPF müssten achtgeben, ob solche Datenerhebungen im Sinne des Weltverständnisses und Wohlergehen indigener Landnutzer:innen seien – oder ob sie vor allem den Profitinteressen von Unternehmen dienen.

„Wenn mir eine Firma sagt, Mr. Michael, in einem Jahr zahle ich Ihnen 50.000, aber Sie dürfen nichts tun, außer Bäume zu pflanzen – in gewisser Weise halte ich das schon für Landgrabbing (Landnahme). Denn ich bin den Bedingungen eines Unternehmens ausgeliefert… Unser Anliegen ist also: Das sollte nicht im Namen des Klimaschutzes geschehen… Nach langen Kämpfen mit der Regierung hatten die indigenen Völker 2006 mit dem Waldschutzgesetz endlich ihre Landrechte gesichert*. Sie sollten nicht wieder an private Unternehmen übergehen, die nur auf Profit aus sind.“

Zuletzt war in den Nachrichten z.B. des indischen „Reporter’s Collective“ zu lesen, Änderungen im Waldschutzgesetz 2023 ließen der indischen Regierung nun wieder „reichlich Spielraum, um privaten Unternehmen das Eindringen in Indiens Waldgebiete zu ermöglichen und sie in Profitzentren statt in Biodiversitätszonen zu verwandeln.“

Global gefragt: Teilhabe an Umwelt- und Klimaprojekten fördern

Wir rufen deshalb mit Michael Islary zu Achtsamkeit auf, welche Unternehmenspraktiken hinter CO2-Ausgleichsmaßnahmen stehen – die wir oft mit einem einfach Mausklick etwa beim Flug- oder Busticketkauf zur CO2-Kompensation mitfinanzieren. Wir unterstützen weiterhin Organisationen, die mit indigenen Gemeinschaften an Landrechten und politischer Teilhabe arbeiten. Und wir geben eine Frage weiter: wie kann auch hierzulande der Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen dadurch effektiver werden, dass bei Energie- und Umweltprojekten Mitgestaltungsrechte der Lokalbevölkerung und insbesondere bereits benachteiligter Gruppen immer mitgedacht werden?

*Anmerkung: „Forest Conservation Act“FCA,Waldschutzgesetz 2006: kollektive Rechte für Indigene und traditionelle Waldnutzer, über ihr Land zu entscheiden.

Grüne Partnerschaft der EU mit Marokko auf Kosten der Westsahara

VON BOUBACAR DIOP

Am 18. Oktober 2022 unterzeichnete die Europäische Union eine grüne Partnerschaft mit Marokko. Dies ist die erste Initiative dieser Art mit einem afrikanischen Staat. Im Rahmen dieser Partnerschaft werden Marokko fürs Jahr 2024 50 Millionen Euro von der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt. Diese Summe ist für die Finanzierung von Projekten in den Bereichen Umwelt, erneuerbare Energien und Energieeffizienz bestimmt. Bis 2030 will das Land seine Produktionskapazität von erneuerbaren Energien von derzeit 20% auf 52% steigern.

Protest gegen die Windkraftprojekte von Siemens in der Westsahara. Copyright: Saharawi Campaign against the Plunder/WSRW

Der bis August 2023 für den europäischen «Green Deal» zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans wählte denn auch aus Anlass der Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens sehr freundliche Worte und sagte, der Pakt sei eine wichtige Anerkennung der Führungsrolle und des Potenzials Marokkos beim ökologischen Wandel. Entsprechend sieht der Green Deal vor, dass die EU Marokko bei der Umsetzung seiner innovativen, nachhaltigen und arbeitsplatzschaffenden Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien unterstützt.[1]

Damit verschließt die Europäische Union die Augen vor kritischen und grundlegenden Aspekten der marokkanischen Energiepolitik. Ein Großteil der marokkanischen Projekte ist in der Westsahara angesiedelt, die das Königreich Marokko seit 1975 illegal besetzt hält. Die Projekte Cimar, Atissat, Noor Layoune, Noor Boujdour und Foum El Oued wurden bereits realisiert und die Projekte Tiskrad, Ghrad Jrad, Harmattan á Dahla und Noor Dahla in Boujdour sind in der Umsetzung.

Der europäische Vertreter der Polisario, Oubi Bachir, sagte bereits im Zusammenhang mit der Weltklimakonferenz 2021 in Glasgow: „Marokko versucht, seine Besetzung unseres Landes zu ökologisieren, indem es diese edlen und sauberen Mechanismen und Instrumente nutzt, um zu versuchen, seine Position in Bezug auf die Westsahara voranzutreiben.“ [2]

Die EU ignoriert die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (Urteil des Luxemburger Gerichts vom 29. Dezember 2021, das die Handelsabkommen zwischen der EU und Marokko für nichtig erklärt [3] bezüglich der Ressourcen der Westsahara und der UNO-Richtlinien zur Westsahara. Diese Reinwaschung der Besatzung erfolgt mit der Komplizenschaft multinationaler Unternehmen wie der deutschen Firma Siemens Energy und der italienischen Firma Enel Energy. Um ihr gemeinsames Ziel, die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaft, zu erreichen, treten die EU und Marokko das Völkerrecht mit Füßen. Die Zustimmung des saharauischen Volkes zu diesen Projekten wurde in keiner Weise eingeholt, wie es die internationalen Normen, insbesondere die Richtlinien der Vereinten Nationen, vorschreiben. Noch schlimmer ist, dass die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auf jeder COP die Bemühungen Marokkos im Kampf gegen die globale Erwärmung bejubelt, dabei aber verschweigt, dass einige der Beiträge Marokkos in einem Gebiet geleistet werden, das nach Ansicht der UN-Zentralbehörden illegal besetzt ist. Zur Erinnerung: Die Vereinten Nationen betrachten die Westsahara als ein nicht autonomes Gebiet. Der UN-Ausschuss zur Überwachung der Umsetzung des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte fordert die Zustimmung des saharauischen Volkes vor der Ausbeutung von Ressourcen, die aus ihrem Gebiet stammen. [4]

Die grünen Abkommen geben der Besatzung grünes Licht und fördern die Aufrechterhaltung des Status quo: lukrative Projekte für europäische Firmen und das Königreich Marokko versus die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes, das unter den schwierigen Überlebens- und klimatischen Bedingungen in den Lagern von Tindouf ausharrt.

1 Besatzungs-Greenwashing: Marokkanische Projekte für erneuerbare Energien in der besetzten Westsahara verlängern den Konflikt um die letzte Kolonie in Afrika, WSRW, P11
2 Morocco accused of „greenwashing occupation“ of Western Sahara (climatechangenews.com)
3 Das Ergebnis des derzeit beim EUGH laufenden Revisionsverfahrens lag uns bei Redaktionschluss noch nicht vor
4 Comité des droits économiques, sociaux et culturels, 22.10.2015. Observations finales concernant le quatrième rapport périodique du Maroc, E/C.12/MAR/CO/4*, §6, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=E%2fC.12%2fMAR%2fCO%2f4&Lang=en

Das Geschäft mit dem Klima: Der Fall Kariba REDD+ in Simbabwe

VON JENNY OUÉDRAOGO

Im Nordwesten Simbabwes, am Ufer des Kariba-Stausees, schützt das Kompensationsprojekt Kariba REDD+ vermeintlich einen Wald. Betrieben wurde es bis Oktober 2023 von South Pole, einem erst 2006 gegründeten und heute milliardenschweren Schweizer Unternehmen, das für rund 1000 Klimaschutzprojekte in 50 Ländern weltweit verantwortlich ist. Southpole hat sich u.a. mit Kariba, eines der weltweit größten CO2-Kompensationsprojekte, eine goldene Nase verdient und im Namen des Klimaschutzes Emissionsgutschriften an hochkarätige Unternehmen wie Volkswagen, Nestlé und Gucci verkauft.

Mangelnde Infrastruktur erschwert den rund 300.000 Einwohner:innen der Region am Kariba-Stausee Zugang zu Wasser, Bildung und einer Gesundheitsversorgung. Steve Wentzel, ein weißer simbabwischer Unternehmer und vermeintlicher Wohltäter, versprach 2011 dies zu ändern und die Gemeinde zu unterstützen. Er schloss Vereinbarungen mit den Landnutzer:innen und Gemeinden in vier Bezirken und kontrollierte bald ein Gebiet von mehr als 785.000 Hektar.

Laut Wentzel [1] seien der Buschwald und die Tierwelt in der Region in den kommenden Jahrzehnten stark gefährdet. Die Bewohner würden Bäume fällen und verbrennen, die Wasserquellen würden austrocknen und es gäbe kein Gras mehr für die Ziegen. In der Projektbeschreibung von Kariba REDD+ gibt er an, dass deshalb dringend alternative, nachhaltige Einkommensquellen geschaffen werden müssten. Wenn nicht sofort etwas unternommen würde, wäre der Wald in 30 Jahren durch den großflächigen Anbau von Mais, Tabak, Baumwolle und Nüssen verschwunden.

Zuviele Kompensationsgutschriften auf Kariba

Gesagt – getan. Während Wentzel das Projekt vor Ort koordiniert, kümmerte sich South Pole indes um den technischen Teil, wie das komplexe Verra-Verfahren, das Standards für CO2-Projekte setzt, als auch um den Verkauf der Emissionsgutschriften und die Akquise von Kunden. Indem man das Abholzen von Bäumen verhindert, vermeide man, dass Kohlenstoffdioxid, z.B. durch die Verwendung von Holz als Brennstoff, in die Atmosphäre gelangt. Diese vermiedenen Kohlenstoffemissionen werden in Form von Wertpapieren gehandelt: Kariba REDD+ produziert Emissionsgutschriften, die jeweils einer Tonne Kohlenstoffemissionen entsprechen. Kunden nutzen die Gutschriften wiederrum zum Ausgleich ihrer eigenen Kohlenstoffemissionen. Auch die lokale Bevölkerung sollte laut Wentzel von dem Projekt profitieren: von dem Gewinn könnten neue Schulen, Krankenstationen und Gemüsegärten finanziert werden.

Nur ein Bruchteil des versprochenen Geldes für die Anlage vieler Gemüsegärten kam bei den Bewohnerinnen des Karibaprojekts an.
Foto: Gemüsegarten bei unserem Projektpartner Dabane

Doch die grüne Marketingfassade des Projekts bröckelt, denn Satellitenbilder von Global Forest Watch deuten darauf hin, dass das Projekt die Bedrohung des Waldes um das bis zu 30-fache überschätzt haben könnte. „Die Zahlen von Kariba schienen immer zu hoch zu sein. Es war verrückt, wie viele Kredite das Projekt ausspuckte“, sagte ein mit dem Projekt vertrauter Experte[2] anonym. South Poles Projekt ist jedoch keine Ausnahme, denn laut einer Recherche[3] der Zeit, des Guardian und Source Material könnten bis zu 90 Prozent aller von Verra zertifizierten Waldschutzprojekte überschätzt und somit wirkungslos sein.

Als wäre das nicht schlimm genug, gäbe es da noch ein weiteres Problem: die Versprechen an die Bewohner:innen des Gebiets wurden nicht oder nur teilweise eingehalten. Noch immer warten sie vergeblich auf die ihnen zugesagten Unterstützungen. Laut South Pole sollten bis zu 40 Millionen Dollar aus den Einnahmen der Zertifikate zugunsten der Menschen vor Ort

verwendet werden, wobei 10 Millionen Dollar für Vorhaben eingesetzt werden sollten, die sich die Gemeinde explizit gewünscht hat.

Was kam bei den lokalen Gemeinschaften wirklich an?

Um herauszufinden, wie viele der Zertifikatsmillionen wirklich zurück an die lokale Bevölkerung geflossen sind, hat der Schweizer Rundfunk[4] zwei simbabwische Journalisten in das Kariba REDD+ Projektgebiet geschickt. Dort haben sie 20 Interviews, unter anderem mit dem Gemeindevorsteher, dem Vertreter der Bezirksregierung, ehemaligen Projektmitarbeitern und lokalen Bäuer:innen geführt. Das Ergebnis der Gespräche ist ernüchternd und die Unzufriedenheit über leere Versprechen entsprechend hoch. In einem Gemüsegarten, der angeblich von dem Projekt unterstützt wird, spricht Farai Shawn Matiashe, Journalist, mit einer Dorfbewohnerin. Er zeigt ihr ein A4-Blatt, das die Entwickler in den ersten Projektjahren, also vor etwa zwölf Jahren, erstellt haben, um die Gemeinde über das Projekt zu informieren. Abgebildet sind zwei Illustrationen, die die Vorteile des Projekts auf einfache Weise zusammenfassen. Ein „vorher“ Bild veranschaulicht, was passieren würde, wenn Wentzel und South Pole nicht eingriffen, siehe das Zitat von Wentzel oben im Text. Das „nachher“ Bild hingegen zeigt eine hoffnungsvollere Zukunft mit Bäumen, Bienenstöcken, Wasserbrunnen, grünen Feldern und entspannten Bewohner:innen.

In einem der Interviews des SRF berichtet der Gemeindevorstand von Nebiri, dass kein Cent auf das Gemeindekonto geflossen ist – und so habe die Gemeinde nicht im Geringsten von dem Kompensationsprojekt profitieren können. „Am Anfang sagten sie uns, dass jeder, der 50 Bäume schützt, dafür 50 Dollar bekommen würde. Wir haben die Bäume und den Wald geschützt, aber kein Geld ist gekommen. Das Einzige, was sie gemacht haben, sind die zwei Gärten. Aber da profitieren nur 15 bis 20 Personen – und wir sind 3.000 Menschen in den umliegenden Dörfern“, berichtet Bauer Richman Kanyemba. Ähnlich geht es den Bäuerinnen Elinati Siabene und Polite Sianjem. Zwar wurde im Mola-Community-Garten ein Metallzaun installiert, um die Tiere von den Gärten abzuhalten, doch das eigentliche Problem ist der nicht vorhandene Wasserzugang. Obwohl ihnen zugesagt wurde, dass sie Bohrlöcher bekommen würden, müssen sie nach wie vor weite Strecken zurücklegen, um Wasser zur Bewässerung des Gartens zu transportieren. Adam Mawpoke, ebenfalls Bauer, zeigt den Journalisten einen Vorzeigegarten im Dorf Mola, auf dem lokale Bauern zu nachhaltiger Landwirtschaft geschult werden sollten. Dies sollte ursprünglich dazu beitragen, dass weniger Wald abgeholzt werde. Doch auch in diesem Fall ist das Ergebnis wieder ernüchternd, denn außer einem Schild gibt es in dem Vorzeigegarten nichts. Der Garten liegt, trotz der zu Beginn des Projekts bereitgestellten 5 Kilo Dünger und 2 Kilo Saatgut, brach. Somit fuhren die Bewohner Verluste ein, während South Pole und Co. die klaren Gewinner des Kompensationsspiels sind.

Ungestört Weiterverschmutzen, weil Menschen im globalen Süden sich zurücknehmen

Kompensationsprojekte ermöglichen es Unternehmen, sich vor sinnvollen Maßnahmen zur Verringerung ihrer Kohlenstoffemissionen zu drücken. Dadurch werden fossile Brennstoffe den zunehmend umweltbewussten Verbrauchern schmackhaft gemacht und von den eigentlichen Ursachen der Klimakrise wird schlichtweg abgelenkt. Die größten Umweltverschmutzer des Nordens haben den „Klima-Handel“ zwar nicht erfunden, doch sie haben ihn unterstützt, massiv Lobbyarbeit dafür betrieben und ihn gefördert. In den letzten Jahren ist der Kauf von Emissionszertifikaten durch sie drastisch angestiegen, doch jahrzehntelange Erfahrung mit den Kompensationsgeschäften zeigen, dass „Netto-Null“-Verpflichtungen der ungestörten Verschmutzung dienen, während Unternehmen simultan ihr Image aufpolieren.

Kariba REDD+ ist ein Paradebeispiel für Klimakolonialismus: Kompensationsprojekte wie dieses werden auf Kosten der Menschen im globalen Süden umgesetzt. Unternehmen machen die Umwelt zur Ware indem sie Land für Kompensationen aufkaufen, damit sie die Atmosphäre weiterhin verschmutzen können. So müssen milliardenschwere Konzerne keinerlei Verantwortung übernehmen. Und während im globalen Norden ohne Rücksicht auf Verluste weiterkonsumiert wird, werden Ressourcen, die der Bevölkerung des globalen Südens zustehen, gnadenlos vereinnahmt. Die vermeintliche Dekarbonisierung des Nordens geht somit mit der Ausbeutung des globalen Südens einher.

1) Follow the Money 26.07.2023: www.ftm.eu/articles/renowed-carbon-credit-project-lacks-transparancy?
2) https://www.source-material.org/vercompanies-carbon-offsetting-claims-inflated-methodologies-flawed/
3) https://www.zeit.de/2023/04/co2-zertifikate-betrug-emissionshandel-klimaschutz/komplettansicht
4) https://www.srf.ch/news/wirtschaft/schweizer-firma-south-pole-umstrittene-co-kompensationen-ein-wald-voller-versprechen
Sowie: www.srf.ch/audio/news-plus-hintergruende/klimahandel-unsanfte-landung-in-kariba-folge-4?id=12427087

Globale und lokale Lösungen

Straflosigkeit bei Umweltverbrechen – ist ein Ende in Sicht?

VON CHRISTOPHE MAILLIET

Am 16.11.2023 hat sich die EU darauf geeinigt, einen neuen Straftatbestand gesetzlich zu verankern, mit dem die schwersten Umweltverbrechen bestraft werden sollen. Der endgültige Text wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen zwischen dem Europäischen Rat, der Kommission und dem Parlament vorgelegt, in denen unter anderem die Einführung eines „qualifizierten Straftatbestands“ zur Verhinderung und Bestrafung schwerster Umweltschäden erörtert wurde – einschließlich, wie es in den begleitenden Erwägungsgründen heißt, „mit Ökozid vergleichbarer Fälle“. Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen sollen, „dass jedes Verhalten, das einen schweren und entweder weit verbreiteten oder langfristigen oder irreversiblen Schaden verursacht, als besonders schwere Straftat behandelt und als solche im Einklang mit den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten geahndet wird.“

Dies ist nur ein Beispiel für eine sich weltweit zeigende Tendenz, schwerste Umweltverbrechen, die zusammengefasst als „Ökozid“ bezeichnet werden, mit den Mitteln des Strafrechts eindämmen zu wollen. Und zwar nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene. Denn inzwischen erkennen viele Menschen, dass Selbstverpflichtungen von Unternehmen oder Staaten weitestgehend wirkungslos sind, und dass das bestehende Umweltstrafrecht oft nicht greift. Denn um eine Handlung als strafbar zu definieren, muss in der Regel ein Vorsatz voraussetzt werden, der juristisch schwer belegbar ist. Hinzu kommt, dass Strafen und Entschädigungen für Umweltverbrechen in der Regel äußerst gering sind und gerade große internationale Unternehmen keineswegs abschrecken.

Ökozid als Thema für den Internationalen Strafgerichtshof?

Doch was ist ein „Ökozid“? Zum ersten Mal wurde dieser Begriff in Folge des Vietnam-Krieges benutzt, als die USA großflächig das Entlaubungsmittel „Agent Orange“ einsetzten, unter dessen Spätfolgen heute in Vietnam bis zu drei Millionen Menschen leiden und das auch Tiere und Natur schwer geschädigt hat.

Im Jahr 2010 schlugen Umweltaktivist:innen rund um die Anwältin Polly Higgins vor, das Römische Statut, das die Grundlage für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag bildet, um den Straftatbestand des Ökozids zu erweitern. Somit würde Ökozid, von der Stop Ecocide Foundation definiert als „rechtswidrige oder willkürliche Handlungen, mit dem Wissen begangen, dass (durch diese) eine erhebliche Wahrscheinlichkeit schwerer und weitreichender oder langfristiger Schäden für die Umwelt besteht“, für strafbar erklärt – neben Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und dem Verbrechen der Aggression. Vor dem Internationalen Strafgerichtshof müssten sich dann auch Verursacher von Ölkatastrophen und Verantwortliche für exzessiven Bergbau, Abholzung, Massentierhaltung, industrielle Fischerei, Wasser- und Luftverschmutzungen, etc. verantworten.

Dies wäre ohne Zweifel ein symbolisch wichtiger Akt, allerdings gilt es dabei zu bedenken, dass aktuell nur 123 Staaten das Römische Statut ratifiziert haben. Die USA, Russland und China, die aktuell zahlreiche Umweltzerstörungen verantworten, die den Straftatbestand des Ökozids erfüllen könnten, haben dies nicht getan. Somit wären sie auch außerhalb der Reichweite des Internationalen Strafgerichtshofes, was auch entsprechend für Unternehmen oder Personen aus diesen Ländern gelten würde. Doch gerade bei Ökozid-Verbrechen, die ganze Regionen verwüsten und von ausländischen Unternehmen verursacht werden (wie beispielsweise die andauernde flächendeckende Öl-Verschmutzung im Niger-Delta durch Shell), wäre es wichtig, die Verantwortlichen wirksam bestrafen zu können.

Deshalb ist es umso wichtiger, auch auf nationaler Ebene solche Ökozid-Verbrechen zu bekämpfen, wie beispielsweise das Einsetzen von Quecksilber bei der Goldgewinnung, das Fischen mit Zyanid oder verbotenen Schleppnetzen, oder das Verklappen von giftigen Stoffen in Flüssen, wie im Sommer 2022 in der Oder.

Inzwischen gibt es mindestens 12 Länder, in denen mehr oder weniger weitreichende Gesetze zur Bestrafung von Ökozid erlassen wurden; zuletzt wurde ein Gesetzentwurf dazu im mexikanischen Parlament eingebracht. Auch vor dem neuen Beschluss der EU gab es in Europa in dieser Hinsicht Bewegung, zum Beispiel in Frankreich, wo Emmanuel Macron sich verpflichtet hat, die Empfehlung einer von ihm eingesetzten Bürgerkommission umzusetzen, ein solches Gesetz zu erlassen. 2023 wurden außerdem in Belgien, den Niederlanden, Italien und Spanien Ökozid-Gesetzesentwürfe vorgeschlagen oder werden derzeit ausgearbeitet. Wann folgt Deutschland diesen Beispielen?

Echte Reparationen statt kleiner Trostpflaster für den globalen Süden

VON BOUBACAR DIOP

Die Länder des Südens haben nur sehr wenig zur globalen Erwärmung beigetragen, sind aber von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen. Der ganze Kontinent Afrika zum Beispiel hat nur 4% der globalen Emissionen zu verantworten. Dennoch wurden bereits zahlreiche Schäden und Verluste durch den Klimawandel erfasst und es besteht die Gefahr, dass sich dies im Laufe der Zeit noch verschlimmert.

Große negative Auswirkungen des Klimawandels in Afrika

Der Loss and Damage-Report der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika, UNECA, der in Zusammenarbeit mit dem African Centre for Climate Policy erstellt wurde, zeigte bereits 2014, dass „in allen Erwärmungsszenarien und trotz erheblicher Anpassungsbemühungen auf dem Kontinent die negativen Auswirkungen des Klimawandels in Afrika erheblich sein werden, was zu zusätzlichen Verlusten und Schäden führt“. Der Bericht prognostizierte einen Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge bis zu den 2050er Jahren um 17% bei Weizen, 5% bei Mais, 15% bei Sorghum und 10% bei Hirse. Auch für die Fischerei in den Seen, Flüssen und Ozeanen in Westafrika sind seine Vorhersagen düster. Sollte die globale Durchschnittstemperatur bis 2050 um 1,9°C ansteigen, wird laut Bericht die jährlich angelandete Menge an Fisch bis 2050 um 21% sinken. Zu diesen Schäden kommen noch der Verlust von Infrastruktur und Häusern durch Überschwemmungen sowie Wasserknappheit hinzu. Ein Bericht der Vereinten Nationen schätzt, dass die Verluste durch den Klimawandel in Afrika bis 2050 auf 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr ansteigen werden (WMO 2021).

Unwirksame Lösungen trotz Forderung der Opfer nach Wiedergutmachung

Seit Jahrzehnten fordern die Länder des Südens, die durch den Klimawandel gefährdet sind, eine Entschädigung für die ihnen zugefügten Schäden – und eine Unterstützung beim Übergang zu einer umweltschonenden Energiegewinnung und einer Anpassung an die Klimafolgen. So würden bei ihrer nachholenden Entwicklung auch weniger Emissionen anfallen, als ihnen – bei gerechter Verteilung der Verschmutzungsrechte – eigentlich zustehen. In diesem Zusammenhang wurden im Rahmen der Klimaverhandlungen verschiedene Finanzierungsinstrumente geschaffen, wie der Loss-and-Damages Fond (s.u.), der Green Climate Fund (GCF) oder Just Transition Partnerships.

Auch Ndeye Fatou Dieng von unserer Partnerorganisation APAF findet, dass Industrieländer für die koloniale Aneignung der Atmosphäre in den letzten 200 Jahren zahlen müssen.

Doch wie fair und wie gerecht sind diese Finanzierungsmechanismen wirklich? Zunächst fehlt es den Verhandlungs- und Umsetzungsprozessen dieser Maßnahmen an Inklusion. Die direkten Opfer der Schäden, also die einfachen Dorfbewohner:innen, sind selten an den Entscheidungen über die Verwendung und den Zweck der Ressourcen beteiligt. Zweitens werden die Versprechen der Nordstaaten, die Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, nicht immer eingehalten. Außerdem werden die Mittel, die den Ländern des Südens im Rahmen dieser Instrumente zur Verfügung gestellt werden, häufig in Form von Krediten an die betroffenen Länder ausgegeben. Die meisten der am stärksten gefährdeten Länder sind bereits überschuldet. Der jährliche Schulden-

Immer häufiger auch im Senegal: Überschwemmungen nach Starkregen
Handyfoto aus einer Kampagne.

dienst der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) wird beispielsweise im Jahr 2021 auf 50 Milliarden US-Dollar geschätzt (UNCTAD 2022)3. Im Senegal liegt sie laut Schätzungen bei 75% des BIP. Ein auf Verschuldung basierender Mechanismus zur grünen Finanzierung würde die Anfälligkeit des Landes und seine Abhängigkeit von internationalen Finanzorganisationen nur noch verstärken.

Letztendlich zielen diese Finanzierungsmechanismen nicht direkt auf die Behebung von Schäden oder Verlusten ab, die mit dem Klimawandel zusammenhängen.

Ein Hoffnungsschimmer mit dem Fonds für Verluste und Schäden?

Mit der COP 27 im afrikanischen Sharm El Sheikh in Ägypten 2022 war die Frage der Wiedergutmachung wieder in den Mittelpunkt der Klimaverhandlungen gerückt. Die von den Ländern des Südens vorgebrachten Forderungen führten zur Einrichtung eines Fonds zur Wiedergutmachung von Verlusten und Schäden (Losses and Damages), der ja bereits auf der COP 19 2013 in Warschau beschlossen wurde.

Dies ist sicherlich ein Fortschritt im Bereich der Klimagerechtigkeit. Es muss jedoch noch festgelegt werden, wer zahlen und wer davon profitieren soll und wie viel Geld in den Fonds fließen soll.

Für eine echte Wiedergutmachung wäre es von entscheidender Bedeutung, dass die Opfer direkten Zugang zu diesen Geldern erhalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Akteure sollten in den Entscheidungsprozess über die Verwendung der Gelder einbezogen werden.

Auf der COP 28 in Dubai im Herbst 2023 erwarteten die Länder des Südens deutliche Fortschritte in diesem Bereich. Die von Deutschland zugesagten 100 Millionen US-Dollar, die zusammen mit Zusagen der Europäischen Union, der USA, Japan und Großbritannien nun 700 Mio ergeben, sind jedoch weit davon entfernt, den Finanzierungsbedarf des Fonds zu decken, der für die Länder des Südens bis 2030 auf 290 bis 580 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt wird.

Ein Finanzierungsziel wurde nicht festgelegt. Alles hängt vom guten Willen der Staaten und ihrer Großzügigkeit ab. Klimagerechtigkeit würde bedeuten, dass jeder Staat proportional zu seiner Verantwortung für die Treibhausgasemissionen beiträgt. Die Industrieländer, die am meisten für den Klimawandel verantwortlich sind, schieben ihre historische Verantwortung weiter vor sich her.

Grünes Schrumpfen durch staatliche Planung: Ein Modell, das glücklich macht

Die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann ist zurzeit eine gern gelesene Autorin und ein gefragter Gast bei Fachgesprächen zum Klimawandel. Denn sie kann witzig und dennoch solide aufzeigen, warum unsere Welt nur noch durch einen Abschied vom Wirtschaftswachstum zu retten ist.

In ihrem jüngsten Buch „Das Ende des Kapitalismus“ geht sie detailliert die aktuell diskutierten technischen Lösungen durch, die ein grünes Wachstum ermöglichen und Deutschland klimaneutral machen sollen. Noch nicht ausgereift, zu teuer, zu energiefressend oder aufgrund des Mangels an Ökostrom eine Mogelpackung und damit keine Option für die kurze Zeit, die uns zur Abwendung des Klimakollapses noch bleibt – so das ernüchternde Fazit. Also sei „grünes Schrumpfen“ und damit eine Abkehr vom Kapitalismus angesagt: Denn der muss wachsen, um stabil zu sein.

Degrowth ist keine neue Idee

Ideen dafür, wie eine vom Wachstum befreite Ökonomie organisiert sein könnte, gibt es seit fast 20 Jahren, Stichwort Degrowth. Doch sämtliche Degrowth-Ansätze, so Herrmann, bleiben eine Erklärung dafür schuldig, wie wir vom jetzigen Wachstumsmodell zu einer reduktiven Kreislaufökonomie kämen, ohne dass die Wirtschaft völlig kollabiert und Chaos ausbricht. Wie gelingt der Übergang? Wie wäre die Riesenmaschinerie des Kapitalismus mit seinen Lieferketten und der zur Rückzahlung von Krediten und daher zum Profit verdammten Unternehmen sanft und kontrolliert herunterzufahren?

Aus Sicht von Ulrike Herrmann bietet die Geschichte ein Vorbild: Die britische Kriegswirtschaft ab 1939. Nach dem Angriff durch Nazideutschland musste es dem Staat gelingen, in kürzester Zeit die Produktion ziviler Güter zu reduzieren, um Kapazitäten für Militärgüter zu schaffen. Gleichzeitig musste die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden. Dazu bedurfte es Planung.

Demokratische Planwirtschaft statt Ökodiktatur

Ulrike Herrmann nennt das britische Vorbild – Churchill war frei gewählt – daher demokratische Planwirtschaft. „Die Fabriken blieben in privater Hand, aber der Staat steuerte die Produktion und organisierte die Verteilung der knappen Güter.“ (S. 13) Dabei lenkte der britische Staat – anders als im Realsozialismus – die Betriebe indirekt, indem er Rohstoffe, Kredite und Arbeitskräfte zuwies. Das „Manpower-Budget“ wurde zum zentralen Steuerungsinstrument. Und um Bedarf und Produktion zusammenzubringen, wurde damals das BIP als volkswirtschaftliche Messgröße erfunden (S. 238).

Flugreisen müssen rationiert werden, damit es klimagerecht zugeht

Akribisch wurde auch die Ernährung der Bevölkerung geplant. Weil Großbritannien bei Lebensmitteln zu 70 Prozent von Importen abhängig war und die Frachtkapazitäten der Schiffe auch für Waffen und Militärrohstoffe reichen mussten, wurde nun genau berechnet, mit welchem Nahrungsmittel sich wie viele Kalorien importieren ließen (S. 239).

Unter dem Strich gab es für die Briten 2.800 Kalorien pro Tag – es wurde also nicht gehungert. Allerdings waren bestimmte Nahrungsmittel wie Fleisch, Käse, Fett, Zucker, Tee knapp und daher rationiert. Und dennoch reichte es pro Kopf für 540 Gramm Fleisch pro Woche. Gerade die unteren Schichten waren besser versorgt als zuvor. Und obwohl der Konsum insgesamt um ein Drittel fiel, waren die Rationierungsprogramme beliebt: Denn jeder Brite und jede Britin bekam das gleiche (S. 240).

Gerechtigkeit macht glücklich

„Dieser enorme Rück- und Umbau macht die britische Kriegswirtschaft zu einem faszinierenden Modell für heute“, so Ulrike Herrmann. Auch in Deutschland muss für die Rettung des Klimas der Konsum stark heruntergefahren werden. Allerdings nicht so dramatisch wie damals. Ulrike Herrmann schätzt, dass wir uns nur auf rund die Hälfte unseres Niveaus beschränken müssen. Damit „wären wir immer noch so reich wie im Jahr 1978“ (S. 241).

Zweitens muss auch hier die Produktion vom Staat gelenkt werden – indirekt, indem rare Ressourcen gezielt verteilt werden. Heute ist vor allem die grüne Energie ein Mangelgut (S. 255) – die Regierung müsste also festlegen, was mit dem begrenzten Ökostrom hergestellt wird. „Medikamente dürften weit oben landen, private Autos sehr weit hinten.“

In einer geschrumpften nachhaltigen Kreislaufwirtschaft gäbe es sogar noch etwas Fleisch für die Nichtvegetarier. Nur würde dieses nicht mehr aus klimaschädlichen Massenställen, sondern vom Biohof oder aus extensiver Weidehaltung kommen.

Obwohl Rationierungen einen schlechten Ruf haben, wird es sie geben müssen, z.B. bei Flügen. Auch Immobilien müssten rationiert werden, damit der Flächenfraß endet. Das gleiche gelte für Fleisch, denn für Weiden und Futtermittel werden (in Lateinamerika) Wälder gerodet. Außerdem benötige der klimafreundliche Ökoanbau aufgrund geringerer Hektarerträge mehr Fläche, so dass direkt Getreide für den menschlichen Verzehr und nicht mehr als Tierfutter produziert werden müsse.

Flugreisen etwa könnten auf Basis der individuellen Verschmutzungsrechte eines jeden Erdenbürgers berechnet werden (die liegen, je nach Modell, bei 1 oder 2 Tonnen CO_2 pro Jahr). Die Menschen in Malawi hätten noch viel Spielraum nach oben, denn sie stoßen nur 100 kg CO_2 aus, die Bewohner:innen des globalen Nordens müssten verzichten. Damit es innerhalb der reichen Länder nicht zu einer Verstärkung der Ungleichheit kommt, hält Ulrike Herrmann auch nichts von einem Modell, bei dem jede und jeder ein privates CO_2-Konto bekommt und die Ärmeren dann ihre ungenutzten Emissionsrechte an die Reichen verkaufen können. „Vor allem aber würde das Projekt Klimaschutz diskreditiert, wenn jeder verzichten müsste, nur die Wohlhabenden nicht“ (S. 249).

Um ihre Leser:innen am Ende nicht mit großem Unbehagen angesichts der zu schluckenden Kröten der Rationierung von Flugreisen und der Reduzierung des Fleischkonsums stehen zu lassen, rundet die Autorin ihr letztes Buchkapitel mit einem schönen Ausblick ab: „Rationierung klingt unschön. Aber vielleicht wäre das Leben sogar angenehmer als heute, denn Gerechtigkeit macht glücklich. Gesellschaften sind entspannter, gesünder und toleranter, wenn der Abstand zwischen Arm und Reich gering ist. Von dieser guten Stimmung profitieren nicht nur die unteren Schichten, wie globale Erhebungen zeigen: Auch die Eliten leben länger, wenn sie einer fairen Gesellschaft angehören“ (S. 253).

Zusammengestellt von Isabel Armbrust

Ulrike Herrmann: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden. Kiepenheuer&Witsch 2022, 340 Seiten

Buen Vivir – Ideen und Kämpfe, die Hoffnung machen?

VON TOBIAS ZOLLENKOPF

Ein kurzer Rückblick: 1972 veröffentlichte der „Club of Rome“ seine Studie „Die Grenzen des Wachstums“ über die ökologische Belastbarkeit unseres Planeten, 1973 putschte General Pinochet gegen die demokratische sozialistische Regierung in Chile, was allgemeinhin als Startschuss für das neoliberale Narrativ des grenzenlosen kapitalistischen Wachstums betrachtet wird. Heute, 50 Jahre später, ist das ökologische Gleichgewicht auf unserem Planeten bereits nachhaltig zerstört. Von einer sozial gerechten Welt auf der Basis umfassender Menschenrechte entfernen wir uns zunehmend. Ausbeutung und Zerstörung erreichen neue Dimensionen und werden immer radikaler von den Profiteuren des Systems verteidigt. Gegen jede Vernunft.

Alternative dekoloniale Ansätze gegen die Zerstörung

Der Leitidee dieses Heftes „Klimakolonialismus“ folgend, habe ich mich entschieden, Buen Vivir – Das gute Leben für alle – in den Mittelpunkt meiner Überlegungen für eine notwendige Alternative zum aktuellen Zustand der Welt zu stellen. Buen Vivir stammt als übergreifende Lebens- und Entwicklungsphilosophie von den indigenen Gemeinschaften der Anden und ist Resultat der dort stattgefundenen Entwicklungen, der sozialen Kämpfe und auch der Spiritualität.

Das Konzept Buen Vivir steht auf folgenden zentralen inhaltlichen Säulen: Entwicklung kann sich nur im Gleichgewicht mit der Natur vollziehen, nicht gegen sie. Wohlstand ist nicht auf materiellen Konsum zu reduzieren, sondern sieht das Individuum als Teil der Gemeinschaft, in der Werte wie Wissen, soziale und kulturelle Anerkennung oder Ethik von zentraler Bedeutung sind. Das gute Leben ist keine individuelle Frage, sondern immer eingebunden in kollektive Prozesse des Gemeinschaftslebens. Die Vielfalt der Natur und der in verschiedenen Regionen lebenden menschlichen Gemeinschaften ist konstituierend für jede Gesellschaft.

Glück wird als Gemeinschaftszustand verstanden, im Unterschied zur Glücksdefinition als individualisiertes Konsumversprechen der westlichen Welt. Buen Vivir steht mehr in Bezug zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, während die kapitalistische Sicht auf die Menschenrechte der ersten Generation, nämlich die bürgerlichen Freiheitsrechte, fokussiert. Buen Vivir unterscheidet sich auch von den klassischen sozialistischen Grundannahmen einer befreiten Gesellschaft, die zwar die Produktionsmittel verkollektivieren möchte, Entwicklung aber nicht an der Frage von Wachstum und den Grenzen der Ausbeutung der Natur in Frage stellt.

Buen Vivir ist somit eine klare Absage an den westlich-kapitalistischen Entwicklungsweg, aber auch an sozialistische Gegenmodelle. Es dreht die Idee, wer wen zu entwickeln hat, um: Das Problem für eine lebenswerte Ausgestaltung der Zukunft auf der Erde sind nicht die sogenannten unterentwickelten Länder, sondern die „hochentwickelten“ Länder des Nordens.

Der kurze Sommer des Buen vivir?

Die Hochzeit der Diskussion und Rezeption des „Guten Lebens für alle“ liegt inzwischen über 10 Jahre zurück, als die Leitgedanken des Buen Vivir in die Verfassungen von Ecuador und Bolivien durch die damaligen linken Regierungen übernommen wurden. Der spätere Versuch in Chile, die neoliberale Verfassung zu erneuern und darin viele Leitideen des Buen Vivir einzuflechten, scheiterte 2021 ziemlich krachend mit einer klaren Ablehnung des von der linken Regierung unter Beteiligung zahlreicher sozialer Bewegungen ausgearbeiteten Verfassungsentwurfes.

Ein zentraler Teil des Umsetzungsprozesses in Ecuador war die Yasuni-Initiative. Für den Verzicht auf die Förderung riesiger Ölmengen im Yasuni-Nationalpark – ein bis dahin nahezu unberührtes, von indigenen Gemeinschaften bewohntes Regenwaldgebiet – sollte ein internationaler Entschädigungsfonds eingerichtet werden. Diese Initiative wurde von den reichen Gebernationen einschließlich Deutschland nicht unterstützt.

Es hätte ein wichtiger Wendepunkt der internationalen Klimapolitik sein können, doch die Macht der fossilen Lobby war 2014 genauso groß wie heute. Der Widerstand gegen die Ausbeutung des Yasuni wurde von indigenen Gemeinschaften und anderen sozialen Bewegungen am Leben gehalten. Dieser lange Atem hat sich nun ausgezahlt: In einer im August 2023 durchgeführten Volksabstimmung votierte eine klare Mehrheit der Ecuadorianer:innen dafür, das Öl im Yasuni-Nationalpark nicht zu fördern – trotz einer gravierenden Wirtschaftskrise, die weit verbreitete Armut und Perspektivlosigkeit nach sich zieht. In einem zweiten Referendum sprach sich zudem eine deutliche Mehrheit gegen Bergbauprojekte in einer anderen Region des Landes aus.

Buen Vivir lebt in vielen Basisprojekten im globalen Süden

Jenseits dieser Entwicklungen in Ecuador lässt sich feststellen, dass die Grundideen des Buen Vivir in vielen Initiativen weltweit gelebt und erkämpft werden. Überall auf der Welt gab und gibt es Kämpfe gegen großindustrielle Bergbau- oder Energieprojekte. Im Kontext der ASW-Arbeit zum Beispiel: der Widerstand der Dongria Kondh gegen den Aluminiumabbau an ihrem heiligen Berg in Odisha, Indien, die Kämpfe um indigene Territorien und gegen umweltzerstörende Großprojekte in Brasilien, gegen zerstörerische Minenprojekte in Burkina Faso oder aktuell gegen die Gasförderung im Senegal.

Alternative Entwicklungsmöglichkeiten für benachteiligte Gemeinschaften zu finden, ist für viele Basisprojekte keine ideologische Frage, sondern ergibt sich aus dem Ausgeschlossensein aus der kapitalistischen Entwicklung. Agrarökologie, der Schutz natürlicher Ressourcen wie Böden, Wälder und Wasser und kollektive Lösungsansätze, das Zusammenhalten der Gemeinschaften und ihrer kulturellen und sozialen Werte, sind schlicht Notwendigkeiten für ein würdevolles Überleben. Die Frauen unseres brasilianischen Partners GMB berichten uns über den direkten Einfluss des „Bem Viver"-Konzeptes auf ihre Arbeit und betonen dabei auch dessen Bedeutung für feministische Entwicklungsansätze, die allen ASW-Projekten inhärent sind (siehe Interview auf der folgenden Seite).

Im globalen Süden ist das Konzept somit sehr lebendig, womit die dortigen autoritären und neoliberalen Entwicklungen nicht ausgeblendet werden sollen. Die Alternativlosigkeit der westlichen, neokolonialen Weltordnung scheint sich dem Ende zuzuneigen. Wohin diese Entwicklung führt, bleibt offen – sie bietet aber Platz für einen positiven Lösungsweg, der eine grundlegende Veränderung des menschlichen Entwicklungsweges einfordert.

Das Gute Leben für alle und der globale Norden

Wie könnte das Konzept des „Guten Lebens für alle" zu einer neuen Perspektive im Norden führen? Hier bleibt ein großes Maß an Skepsis, da die Verteidigung von materiellen Privilegien und politischer Vorherrschaft weiterhin von breiten Kreisen der Bevölkerung getragen ist. Die Fokussierung von Freiheit als Freiheit des individuellen Konsums macht aus wachstumskritischen Forderungen einen Angriff auf die freiheitliche Lebenskultur in Europa.

Die geschürte Angst vor einem Verlust der Wohlstandsprivilegien bewegt den politischen Diskurs und die reale Politik zunehmend nach rechts. Das scheint mir als historisches Momentum wichtig zu akzeptieren, ebenso wie die Tatsache, dass das Erstarken der politischen Rechten schon immer Teil der Verteidigung des kapitalistischen Systems in Krisen gegen antikapitalistische Bewegungen war.

Das Konzept des „Guten Lebens für alle" kann aus meiner Sicht ein geeignetes Mittel sein, aus dieser Situation herauszuführen. Es bietet positive Ansatzpunkte, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen über die Verfasstheit unseres gesellschaftlichen Lebens und wie eine positive Zukunft ausgestaltet werden kann, in der der Reichtum unseres Planeten geschützt und gerecht verteilt wird.

Das Konzept des „Guten Lebens für alle" wird verstanden als ständiger Prozess in Bewegung, der auf einigen gemeinsamen zentralen Grundsäulen basiert, aber regionale, kulturelle Besonderheiten aufgreift. Es ginge jetzt darum, kollektive außerparlamentarische Strukturen als Träger dieses Gegenprozesses aufzubauen und die zahlreichen bereits vorhandenen Bewegungen und Projekte international miteinander zu vernetzen. Als Utopie gedacht entsteht so eine „Internationale des Guten Lebens für alle", die wesentlich aus der Ideenwelt und den Erfahrungen des globalen Südens gestaltet ist und dadurch die Entwicklung unserer gemeinsamen Welt in eine neue, solidarische und vernünftige Richtung führt.

Buen Vivir ist Widerstand und Lernen in der Praxis und eröffnet eine Zukunft für alle

Wie viele brasilianische Partnerinnen und Partner der ASW lassen sich auch die Aktivistinnen der Frauengruppe GMB (Grupo de Mulheres do Brasil) in ihrem Leben und ihrer Arbeit von der Idee des Buen Vivir (Bem Viver in Portugiesisch) leiten. Für dieses Heft hat sie unsere Mitarbeiterin Silke Tribukait konkret dazu befragt.

Welchen Einfluss hatte die Debatte über die Konzepte des guten Lebens auf die Entwicklung eurer Projekte?

Basierend auf unserer Arbeit in Netzwerken für Frauenrechte und Umweltgerechtigkeit im Amazonasgebiet entstanden 2010 die Ideen für unser Projekt „Lebendige Hinterhöfe“. 2014 konnten wir diese Ideen mit Unterstützung der ASW umsetzen. Seitdem fördern wir die Agrarökologie in der Stadt und den feministischen Widerstand durch Vorträge, Workshops, Produktion, Vermarktung auf agrarökologischen Messen und Bepflanzung im Hinterhof. In diesem Sinne war und ist das Konzept von grundlegender Bedeutung für unser Handeln, da es uns noch stärker mit der Realität der Frauen verbindet und eine globale Betrachtung von Spiritualität, Bildung, Politik, Gesundheit, institutionellem Management und Natur ermöglicht und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft stärkt.

Wie ordnet ihr das Gute Leben ein: als Vision, Leitidee oder praxisorientiertes Konzept?

Ailton Krenak, (Anmerkung: ein indigener brasilanischer Vordenker) zufolge ist das Gute Leben eine Form des Widerstands gegen die in der westlichen Gesellschaft vorherrschende Kultur des Konsumismus und Individualismus. Er argumentiert, dass das Gute Leben eine Alternative zur wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, die auf unbegrenztem Wachstum und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruht. Uns leitet die Überzeugung, dass die Praxis des Guten Lebens Widerstand und Lernen auf unserer Reise ist. So stufen wir die Erfahrung des Guten Lebens als ein Konzept ein, das sich an der Praxis orientiert, denn es ist der Kontakt mit der Realität, der das Gute Leben zu einem Konzept in Bewegung werden lässt.

Welche Rolle spielt das Bem Viver für die verschiedenen Gruppen, mit denen ihr arbeitet?

Sie spielt eine grundlegende Rolle für den Erhalt der gesamten biologischen Vielfalt auf diesem Planeten

und der Erde selbst. In diesem Sinne gibt es ein übergeordnetes Ziel, das allen Partnern gemeinsam ist, unabhängig von ihren kulturellen, sozialen oder spirituellen Unterschieden! Die Verwirklichung guter Lebenspraktiken heute bedeutet, das Leben in der Zukunft zu garantieren. Dies ist eines der Hauptziele des guten Lebens, um sicherzustellen, dass jeder und jede das Recht auf ein Leben in Würde auf dem Planeten Erde hat.

Gibt es in Brasilien Bestrebungen, das „Gute Leben“ in die Verfassung des Landes aufzunehmen, wie in Bolivien und Ecuador, und wie es Chile kürzlich versucht hat?

Die Vielfalt lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Artikulationen und in unserer Region die indi-

gene Bewegung, die Landlosenbewegung, die Menschenrechtsbewegung, die Solidarische Ökonomie, kurzum alle, die Rechte garantieren wollen, bewegen sich in diese Richtung, um die sozio-ökologischen Rechte der traditionellen Bevölkerungen zu erweitern und folglich die Praxis des Guten Lebens als verfassungsmäßiges Recht zu führen. Im Jahr 2023 haben wir mit der Schaffung des Ministeriums für indigene Bevölkerung und des Ministeriums für die Gleichstellung ethnischer Gruppen, die von Frauen geleitet werden und sich mit Fragen der traditionellen Gemeinschaften und des Guten Lebens befassen, große Fortschritte gemacht.

Ist Bem Viver in erster Linie ein Entwicklungskonzept für die Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen?

Ja, denn es stärkt das Empowerment und das politische Bewusstsein, ohne in die Orthodoxie des Ökonomismus zu verfallen. Es stärkt den sozio-ökologischen Kampf auf vielfältige Weise und feministische pädagogische Praktiken. Daher gibt es viele Bewegungen, die sich auf „Bem viver" berufen und damit den Übeln des Patriarchats, des Kapitals, des Fundamentalismus, des Rassismus und vielen anderen Übeln entgegentreten.

*Gekürzte Fasung. Das Originalinterview kann auf unserer Website nachgelesen werden.

Benutzte Literatur und weiterführende Lesetipps zu Buen Vivir:

„Das gute Leben für alle – Wege in die solidarische Lebensweise"
– I.L.A.kollektiv, 2019
Freier Download : oekom.de/buch/das-gute-leben-fuer-alle-9783962380953

Buen Vivir – Vom Recht auf ein Gutes Leben.
Alberto Acosta, oekom-Verlag, 2015

„Pluriversum – Ein Lexikon des Guten Lebens für alle"
AG SPAK, 2023
Freier Download: agspak.de/pluriversum/pluriversum_web.pdf

Buen vivir – Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur,
Thomas Fatheuer – Heinrich-Böll-Stiftung 2011
Freier Download:
boell.de/sites/default/files/Endf_Buen_Vivir.pdf

Buen Vivir – Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum.
Reihe «Analysen» von Eduardo Gudynas.
Rosa Luxemburg-Stiftung, 2012
Freier Download: rosalux.de/publikation/id/5621/buen-vivir/

Filmemachen für den Schutz des Amazonaswaldes

Indigene Frauen in Brasilien kämpfen mit ungewöhnlichen Mitteln

VON LUANA LILA O. POLINESIO

Beka Saw Munduruku war 12 Jahre alt, als sie zum ersten Mal eine Videokamera in die Hand nahm. Heute, im Alter von 21 Jahren, leitet sie zusammen mit zwei anderen jungen Frauen das audiovisuelle Kollektiv Daje Kapap Eypi im indigenen Territorium Sawre Muybu im brasilianischen Bundesstaat Pará.

„Wir haben angefangen, mit Filmen zu arbeiten, um Protagonist:innen unserer eigenen Geschichten zu werden", erklärt Beka. „Wir wollten unsere Realität aus unserer Perspektive darstellen, und zwar so, dass wir nicht immer von Journalist:innen aus dem Ausland abhängig sind."

Heute besteht die Gruppe aus drei Frauen: Beka Saw, 21, Aldira Akai, 33, und Rilcelia Akay, 25 Jahre alt. Ausgestattet mit Kameras, Computern und Drohnen dokumentieren sie die Bedrohung des Waldes und halten den Kampf der Munduruku um die Demarkation ihrer Territorien fest.

Solange das angestammte Gebiet der Munduruku nicht offiziell anerkannt ist, haben Invasoren wie Holzfäller, Landräuber und illegale Bergleute ein leichtes Spiel. Außerdem gibt es Pläne zum Bau von Wasserkraftwerken, in deren Stauseen Teile des Landes verschwinden könnten.

Die Kamera als Waffe und Mittel des Dialogs

"Wir kämpfen für den Erhalt unserer Heimat im Amazonasgebiet. Wir kämpfen dafür, dass der Wald erhalten bleibt und helfen, den Klimawandel abzuschwächen. Die Kamera ist eine Waffe, die wir heute in unseren Händen halten", sagt Aldira Akai, Mitbegründerin des Kollektivs.

Die Arbeit des Kollektivs hat zwei Schwerpunkte: Für nicht indigene Menschen dokumentieren sie die Lage in ihrem Gebiet, die aktuellen Bedrohungen und ihren Kampf. Für ihre eigenen Leute filmen sie das tägliche Leben in den Dörfern, Feste und Zeremonien und erhalten so die eigene Kultur am Leben.

Für die jungen Munduruku-Frauen, die den Dialog mit nicht-indigenen Gesellschaften suchen, sind Filme ein wichtiges Instrument der politischen Mobilisierung. Durch sie bauen sie Brücken zwischen verschiedenen Realitäten und gewinnen neue Verbündete für ihre Sache.

Frauen werden mutiger und geben ihr Wissen weiter

Das audiovisuelle Kollektiv hat auch dazu beigetragen, die weiblichen Protagonisten sichtbarer zu machen, die Rolle der Frauen zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, von ihren Vorbildern zu lernen.

Erst kürzlich haben sie eine weitere Dokumentation fertiggestellt: den Film „Fight for Demarcation." Ihre Arbeit hat bereits junge Munduruku aus anderen Dörfern inspiriert. Die Frauen halfen bei der Gründung des Alto Tapajós Audiovisual Collective und boten Filmworkshops an, in denen sie das Filmen und Schneiden lehrten.

Kampf auch für die Menschheit

Die Berichterstattung über Invasionen ist riskant und kann lebensbedrohlich werden. Dennoch kämpfen sie mit großem Mut weiter für eine bessere Zukunft – für ihre Gemeinschaft und die gesamte Menschheit. „Wenn wir in diesen Abholzungsgebieten filmen, gehen wir viele Risiken ein. Wir verlassen unser Zuhause oft mit dem Gefühl der Angst vor dem, was passieren könnte", sagt Aldira. „Es ist schwierig, aber ich sage immer, dass mein Kampf nicht für mich selbst ist. Es geht um zukünftige Generationen, um unsere Kinder."

Luana Lila O. Polinesio ist eine Alumna der Alexander von Humboldt-Stiftung und untersuchte dekoloniale Erfahrungen und innovative Lösungen unter der Leitung der lokalen Bevölkerung im brasilianischen Amazonasgebiet.

Das audiovisuelle Kollektiv wird unterstützt über das Amazonasnetzwerk FAOR www.aswnet.de/projekt/faorindigenefrauen

Projektbeispiel aus Indien:

Mit dürreresistenter Hirse und Selbstvermarktung von Gemüse macht CENTREREDA das Dorfleben auch für junge Menschen attraktiv.
www.aswnet.de/projekt/centrereda

Projektbeispiel aus dem Senegal:

Mit Agro-Forstsystemen schützen unsere Partnerinnen von APAF die Bodenfruchtbarkeit und ermöglichen ein Überleben in den Dörfern. www.aswnet.de/projekt/apaf

ASW
Für eine Welt, die zusammenhält!

Wie gefällt Ihnen unser fünftes Themenheft?

Melden Sie uns gerne wieder zurück, was Ihnen gefallen hat, wo Sie Widerspruch anmelden würden oder was Ihnen fehlt. Wir sind gespannt und freuen und auf neue Anregungen.

Um Portokosten und Papier zu sparen, würden wir außerdem gerne erfahren, ob Sie das Heft vielleicht genauso gerne als PDF lesen und die gedruckte Ausgabe gar nicht benötigen.

Bitte informieren Sie uns in diesem Fall per Mail an redaktion@aswnet.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
ASW, Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin,
Telefon: 030 – 259 408 01,
E-Mail: mail@aswnet.de
www.aswnet.de

Redaktion:
Isabel Armbrust (Redaktionsleitung), Marek Burmeister, Boubacar Diop, Franziska Kohlhoff, Christophe Mailliet, Jenny Ouédraogo, Sina Rauch, Silke Tribukait, Tobias Zollenkopf.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin wieder.

Grafik:
Natalie Friedinger, Berlin

Bildnachweis:
©ASW (falls nicht anders angegeben)

Druck:
Oktoberdruck AG, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Blauer Engel

Seit 67 Jahren fördert die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) Projekte in Indien, Brasilien und mehreren Ländern Afrikas, die zur Stärkung von Frauen, zum Schutz der Umwelt und zur Durchsetzung der Menschenrechte beitragen.

Die Projekte werden ausschließlich von Partner:innen vor Ort angestoßen und ausgeführt.
Wir sind politisch, wirtschaftlich und religiös unabhängig und finanzieren uns überwiegend über Spenden von Privatpersonen.

Für eine Welt, die zusammenhält

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE69 1002 0500 0001 2507 00
BIC/SWIFT BFSWDE33BER
Spenden sind steuerlich absetzbar

DZI Spenden-Siegel
Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt:
Ihre Spende kommt an!